



PISA  
MACHT  
ALLE  
WACH!

Die Schulerfolge  
von Migranten  
besonders

THEMEN  
DER RECHTEN –  
THEMEN DER  
MIGRATION

Rechtsextreme  
Einflüsse auf  
Debatte zu  
Migrationspolitik  
multikulturellem  
Zusammenleben

Gleiche  
Wege –  
Gemeinsame  
Ziele?

SPORT  
ALS MITTEL  
ZUR  
INTEGRATION!

Migration Nr.21 LAGA

Landtagspräsident ehrt  
Iakovidis und Yüksel  
für ihre Verdienste im Landtag



ZUM ZUM FORTSATZ:

Landtag und  
LAGA NRW feiern  
gemeinsame Beiträge  
der Integration

Abstract

Wahlrecht

Mehr Rechte, höhere  
Beteiligung  
Ziele Integrationsarbeit  
in NRW gesetzt

100.000 Stimmt  
im  
Landtag

Beteiligung fördert die  
ganze Stadt

Neue Publikationen

Impressum

# LAGA NRW: Zehn Jahre für Mitsprache, Gleichberechtigung und Integration



LAGA

Seminarprogramm 2002

GEMEINSAM  
DER  
KOMMUNIKATION  
MIGRATION  
VERTRIEBEN  
NORD  
WEST



## **Bürgerschaft und Management – Politik in den Kommunen. Ein Praxisbuch für moderne Kommunalpolitik“**

Kommunalpolitik hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert – sie ist komplexer und zeitaufwändiger geworden. Mehr denn je ist ein konstruktives Zusammenwirken von Politik und Verwaltung gefordert. Darauf müssen sich die ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die nach wie vor einen großen Teil der politischen Verantwortung tragen, einstellen.

Das Praxisbuch „Bürgerschaft und Management – Politik in den Kommunen“ zeigt Möglichkeiten auf, wie Kommunalpolitik erfolgreich und transparent und zugleich effizienter gestaltet werden kann. Es richtet sich in erster Linie an Einsteiger, aber auch an bereits erfahrene Kommunalpolitiker, die wissen, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten verlangt.

In sechs Kapiteln werden Steuerungsinstrumente vorgestellt, die für Unternehmen und Organisationen entwickelt und in jahrelanger Zusammenarbeit mit vielen kommunalen Praktikern in Workshops und Seminaren für die Arbeit in der Kommunalpolitik angepasst und optimiert wurden. Die



methodisch-fachlichen Informationen sind verzahnt mit der Geschichte um die junge Journalistin Birgit Schultheiß, die in der Redaktion einer Lokalzeitung tätig ist und die Kommunalpolitik in der fiktiven Stadt Oberkleinhausen kritisch verfolgt.

Die Autorinnen **Hannah Schmidt-Kuner und Susana dos Santos Herrmann** haben auf der Grundlage ihrer eigenen

kommunalpolitischen Erfahrungen wichtige Handlungsinstrumente für die kommunale Praxis aufbereitet und in eine spannende Rahmengeschichte gestellt. Managementwissen für das tägliche ehrenamtliche Handeln in den Kommunen wird in dem Praxisbuch „Bürgerschaft und Management – Politik in den Kommunen“ auf 100 Seiten verständlich und anschaulich dargestellt.

Das Praxisbuch ist zum Preis von 10,00 Euro bei der Bundes-SGK erhältlich (ab fünf Exemplare je 9,00 Euro, ab 20 Exemplare je 8,00 Euro).

**Bundes-SGK, Stresemannstr. 30,  
10963 Berlin, Tel. (030) 259 93-960,  
Fax (030)259 93-970,  
Email: [info@bundes-sgk.de](mailto:info@bundes-sgk.de)**

**Ein Bestellformular ist auch über  
[www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de) abrufbar**

# 10

**LAGA NRW:**

**Zehn Jahre für  
Mitsprache,  
Gleichberechtigung  
und Integration**



**IMPRESSUM:**

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen  
Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)

Helmholtzstraße 28, 40215 Düsseldorf

Telefon 0211 - 99 416-0

Fax 0211 - 99 416-15

email [info@laga-nrw.de](mailto:info@laga-nrw.de)

Redaktionelle Bearbeitung: Susana dos Santos Herrmann, Köln  
November 2006

Druck: Druckhaus Süd

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) wird mit Mitteln des Ministeriums Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW gefördert.

# Inhalt

## V

Vorbemerkung . . . . . Seite 5

## 1

Der lange Weg der LAGA NRW . . . . . Seite 7

Interview mit Filippo Giletti . . . . . Seite 19

## 2

Der erste Weg zur Integration... politische Partizipation! . . . . . Seite 25

Interview mit Turan Özkücük . . . . . Seite 37

Interview mit Igor Voloshin . . . . . Seite 41

## 3

Im Dienste der Integration: Die LAGA-Geschäftsstelle . . . . . Seite 43

Interview mit Bernd Baumhold . . . . . Seite 50

## 4

Interkulturelle Schule . . . . . Seite 53

Interview mit Prof. Ursula Boos-Nünning . . . . . Seite 71

## 5

Integrationspolitik ist (auch) Frauensache . . . . . Seite 83

Interview mit Gülistan Yüksel . . . . . Seite 90

## 6

Fair Kräfte messen . . . . . Seite 93

## N

Nachbemerkung . . . . . Seite 101



# Viel erreicht ...

*Sehr geehrte Leserin,  
Sehr geehrter Leser,*



am 26. Oktober 1996 war es soweit: In Oberhausen fand die Gründungsversammlung der LAGA NRW statt. Rund zehn Jahre hat der Prozess gedauert, der zur Schaffung eines Dachverbandes der damaligen Ausländerbeiräte führte. Inzwischen sind weitere zehn Jahre ins Land gegangen – und die LAGA NRW kann auf das erste Jahrzehnt des eigenen Wirkens zurückschauen. Mit der vorliegenden Festschrift haben wir die Geschichte der LAGA NRW aufgeschrieben: Subjektiv, aber nicht selbstherrlich.

Von den ersten Überlegungen zur Gründung einer Dachorganisation aller Migrantenvertretungen bis zur Schaffung der Integrationsräte vor den letzten Wahlen 2004 stellen wir den Einsatz für mehr politische Beteiligung der Migrantinnen und Migranten dar. Außerdem gehen wir auf die Schwerpunktthemen der Arbeit der LAGA ein: Unser Engagement für bessere Bildungschancen der Migrantenkinder, die Anerkennung der Mehrsprachigkeit als wichtige Fähigkeit der Schüler mit Migrationshintergrund haben die politischen Initiativen der LAGA NRW immer wieder bestimmt.

Aber wir können mit Stolz sagen, dass wir uns nicht darauf beschränkt haben. Mit Veranstaltungen wie der Konferenz zu Sport und Integration ist es der LAGA gelungen, Akzente zu setzen und langfristige Wir-

kung zu erzielen. Viele Initiativen des Landessportbundes zur besseren Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen, Vermittlung interkultureller Kompetenzen bei Schiedsrichtern und Übungsleitern gehen auf diese LAGA Konferenz zurück.

Zehn Jahre nach Gründung der LAGA NRW wird in Deutschland heftig über die Integration der seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten diskutiert. Wir freuen uns, dass die deutsche Gesellschaft und Politik sich des Themas endlich annimmt. Viele der Themen, die in den politischen Debatten eine Rolle spielen, hat die LAGA NRW schon seit längerer Zeit auf ihrer Agenda. Wir hoffen, dass die vorgelegte Geschichte unserer Organisation als Beitrag zu der so notwendigen gesellschaftlichen Diskussion um Integration der Migrantinnen und Migranten angesehen wird.

Zugleich möchte die LAGA NRW sich bei all denen bedanken, die ihre Arbeit über zehn Jahre hinweg kritisch und solidarisch begleitet haben. Ein besonderer Dank gilt der Landesregierung, die die LAGA finanziell und ideell fördert. Ohne diese Förderung wäre unsere Arbeit nicht möglich gewesen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

*Ihr Tayfun Keltek*  
(Vorsitzender LAGA NRW)

Düsseldorf, im November 2006



# Der lange Weg zur LAGA NRW

„Mit der Gründung der LAGA NRW haben sich die demokratisch legitimierte Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter eine Organisation nach dem Vorbild der kommunalen Spitzenverbände gegeben.“ Im Rückblick betont der seit zehn Jahren amtierende LAGA-Vorsitzende Tayfun Keltek diesen Punkt. Schließlich werde in den aktuellen Debatten um die Integration von Migranten in die deutsche Gesellschaft die Orientierung an Grundgesetz und demokratischen Prinzipien besonders hervorgehoben. „Für die allermeisten Migrantinnen und Migranten sind demokratische Prinzipien selbstverständlich.“ sagt Keltek.

Nicht selbstverständlich war der Weg zur Gründung der LAGA NRW. Obwohl die Notwendigkeit zur Schaffung einer einheitlichen Vertretung der im Lande lebenden Migranten schon lange klar war, dauerte es von den ersten Überlegungen an noch Jahre, bis eine von den meisten Ausländerbeiräten akzeptierte Satzung erarbeitet und die LAGA NRW gegründet werden konnte.

## Was lange währt...

Bereits im August 1985 regte der damalige stellvertretende Vorsitzende des Kölner Ausländerbeirats, Tayfun Keltek, einen Zusammenschluss der bestehenden Migrantinnenvertretungen in einer Landesarbeitsgemeinschaft an. Über ein Jahr später – im Herbst 1986 – kamen im Kölner Rathaus Vertreter aus 17 gewählten Beiräten zusammen. Zwar waren sich alle einig, dass die in Nordrhein-Westfalen lebenden Migranten eine politische Vertretung brauchen – aber man hatte noch keine rechte Vorstellung, wie diese organisiert werden sollte. Das Selbstverständnis einer solchen Vertretung war umstritten: Sollte die Organisation eine Art Ausländerparlament sein oder eher ein Dach-

verband der bestehenden Ausländerbeiräte? Wer sollte der Organisation angehören dürfen? Deutsche und Ausländer, die gemeinsam für eine moderne Integrationspolitik kämpfen? Oder doch lieber nur Ausländer, weil diese sonst keine andere Vertretungsmöglichkeit haben und unter Umständen von Deutschen im Gremium wieder bevormundet werden könnten? Die aufgeworfenen Fragen waren vielfältig und keine wirklich leicht zu beantworten.

Nach der ersten Zusammenkunft in Köln dauerte es fast 18 Monate bis gerade einmal sieben Beiräte aus ganz Nordrhein-Westfalen beschlossen, in loser Gemeinschaft zusammenarbeiten zu wollen: Im März 1988 wurde wiederum in Köln formlos die „Arbeitsgemeinschaft gewählter Ausländerbeiräte in NRW“ gegründet. Die (noch) wenigen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft beschränkten sich zunächst darauf, gegenseitigen Informationsaustausch zu praktizieren. Man wollte voneinander lernen und durch koordiniertes Auftreten die Wirkungsmöglichkeiten auf Landesebene verbessern. Eine messbare Außenwirkung hatte diese Arbeit zunächst nicht – wohl aber merkten die Mitglieder, dass sie ihre lokale Tätigkeit durch den regelmäßigen Austausch verbessern konnten. Zu Beginn des Jahres 1990 folgten daher erste Überlegungen eine Satzung für die Arbeitsgemeinschaft zu erarbeiten. Es sollte allerdings wieder über zwei Jahre dauern, bis es im Frühjahr 1992 zu einer Fachtagung zum Thema „Möglichkeiten der politischen Mitwirkung von Ausländerinnen und Ausländern auf Landes- und Gemeindeebene“ in Bocholt kam. In der Folge dieser Tagung wurde im Juli 1992 in Essen die „Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen“ (AGA NRW) gegründet.

Im Jahr 1986 wurde parallel zu den ersten Treffen im Vorfeld der AGA-Gründung der Ausländerrat NRW aus der Taufe gehoben. In diesem organisierten sich im Laufe der Zeit zwar zahlreiche Beiräte. Allerdings erwies sich die Struktur als wenig transparent. Im Gegensatz zur Mitgliedschaft in der AGA war beim Ausländerrat keine schriftliche

Einverständniserklärung notwendig, der ein Beschluss des jeweiligen Beirats vorangehen musste. So war lange Zeit unklar, wie viele Beiräte sich tatsächlich im Ausländerrat organisierten. Ferner galt das Vollversammlungs- und nicht das Delegiertenprinzip. Man verstand sich als Ausländerparlament, das die Interessen der Migranten artikulieren sollte. Dies war aber nach Auffassung der Kritiker des Ausländerrates keine effektive Funktionsweise. Denn die durch Urwahl von den Migranten selber bestimmten Ausländerbeiräte waren im Ausländerrat nicht entsprechend ihrer Größe repräsentiert. Außerdem – so die AGA in ihrem Tätigkeitsbericht vom Oktober 1995: „Die AGA will keine reine Interessenvertretung der Migranten im Lande sein, wir verstehen uns nicht als Ausländerparlament. Wir wollen die politische Mitwirkung der Migranten an den Entscheidungen innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft.“

Trotz der teilweise heftig ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten wurden sowohl die AGA als auch der Ausländerrat an der Debatte um die Novellierung der Gemeindeordnung (GO) NRW beteiligt. Die von der Landesregierung beabsichtigte Verankerung der Ausländerbeiräte in die Gemeindeordnung begleiteten sie positiv durch politische Stellungnahmen, die auch Berücksichtigung fanden.

In einem, wie sich bis heute leider zeigt, entscheidenden Punkt konnte sich die AGA NRW nicht durchsetzen. Sie plädierte nämlich dafür, dass die Ausländerbeiräte nach § 27 GO, wie die meisten ihrer freiwillig eingerichteten Vorgänger, aus einer Mehrheit von gewählten Migrantenvertretern und stimmberechtigten Ratsmitgliedern zusammengesetzt sein sollen. Durch eine solche enge Verzahnung der Beiräte mit der Kommunalpolitik sollte der Integrationspolitik in den Städten und Gemeinden eine möglichst große Durchsetzungskraft gegeben werden. Statt dessen blieben die gewählten Migrantenvertreter unter sich. Ratsmitglieder und andere sachkundige Personen konnten lediglich beratend hinzu gezogen werden.

Am 17. Oktober 1994 trat die Änderung der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen in Kraft. (ausführlich s. Kapitel Partizipation)

## ... braucht Impulse von außen...

Auf Initiative einiger Landtagsabgeordneter kamen im Zuge der Gespräche um die Verankerung der Ausländerbeiräte in die Gemeindeordnung Vertreter von AGA und Ausländerrat am 28. Mai 1993 im Landtag zusammen. An diesem Tag unterschrieben sie gemeinsam die Düsseldorfer Erklärung, in der beide Verbände zusagten, „dass sie eine einheitliche und gemeinsame Vertretung der kommunalen Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen auf Landesebene für unverzichtbar halten. Sie werden die Bildung einer solchen Vertretung in ihren Organisationen vertreten und zügig vorantreiben. Ziel ist es, einen gemeinsamen Satzungsentwurf für eine solche Vertretung in einem absehbaren Zeitraum zu entwickeln und diesen in ihren jeweiligen Organisationen zu vertreten. Dieser gemeinsame Sat-



zungsentwurf muss in beiden Organisationen tragfähig sein und soll am Ende des Einigungsprozesses nach Billigung durch die jeweiligen Einzelorganisationen in einer gemeinsamen und demokratisch legitimierten Mitgliederversammlung verabschiedet und rechtskräftig legitimiert werden.“

Trotz der gemeinsamen Willensbekundung blieb der Weg zur einheitlichen Landesorganisation beschwerlich. Denn noch hatten beide

Organisationen ein grundlegend anderes Selbstverständnis einer solchen Organisation. Für die AGA NRW galt: „Die Landesorganisation ist die Vertretung der zusammengeschlossenen kommunalen Ausländerbeiräte in NRW. In diesem Sinne vertritt sie die Interessen der ausländischen Bevölkerung in NRW“ Dagegen galt für den Ausländerrat: „Die Landesorganisation vertritt die Interessen der ausländischen Bevölkerung in NRW. (im Sinne eines Ausländerparlaments)“

Zu Beginn des Jahres 1994 – die Vorbereitungen für die neue Gemeindeordnung des Landes NRW waren fast abgeschlossen – erhielt die festgefahrene Diskussion um eine einheitliche Dachorganisation der Ausländerbeiräte einen weiteren Impuls. Der damals amtierende nordrhein-westfälische Sozialminister Franz Müntefering erteilte der Forschungsgruppe Kommunikation und Sozialanalysen (FOKUS) den Auftrag zu einer Untersuchung zur Arbeit der Ausländerbeiräte.

Die Ziele der Befragung beschrieben Petra Pfänder und Ulrich Bechmann von FOKUS so:

*„In einem quantitativen Teil sollte eine systematische Bestandsaufnahme aller bestehenden Ausländerbeiräte, Koordinierungs- und Arbeitskreise in NRW erstellt und analysiert werden.*

*In einem anschließenden qualitativen Teil sollten Möglichkeiten und Grenzen der bisherigen Arbeit und Perspektiven aus der Sicht von gewählten Ausländerbeiräten genauer beschrieben und analysiert werden.“*

Begleitet wurde die wissenschaftliche Untersuchung durch einen Beirat, dem unter anderem Vertreter von AGA und Ausländerrat angehörten.

Fast zeitgleich mit Verabschiedung der Gemeindeordnung im Landtag in Düsseldorf erschien die umfangreiche Studie in der Schriftenreihe des Arbeits- und Sozialministeriums. Die Ergebnisse machten deutlich: Die Mitglieder der örtlichen Ausländerbeiräte wünschten eine einheitliche Landesorganisation und hofften auf ein baldiges Ende

der politischen Differenzen zwischen dem Ausländerrat und der AGA. Angesichts der unterschiedlichen Auffassung von Aufgaben und Organisationsform einer einheitlichen Landesorganisation, gab es eine gewisse Verunsicherung bei den Ausländerbeiräten. „Hier stellen sich ganz konkret die Fragen, wie viele Beiratsmitglieder eines jeden Ausländerbeirates in einer Landesorganisation tätig werden sollen und welchen Zeitaufwand diese Mitarbeit erfordert. Ist dieser hoch, sehen sie eine Mitwirkung als unrealistisch an. Es wird befürchtet, dass die Arbeit vor Ort leidet.“ hieß es in der FOKUS-Studie dazu. Aber auch: „Die Ausländerbeiräte wünschen sich eine möglichst baldige Lösung für diese schwierige und komplizierte Situation.“

Vertreter von AGA und Ausländerrat bekräftigten ebenfalls ihren Willen eine einheitliche Organisation aufzubauen. Insbesondere die AGA-Vertreter wiesen in ihrer Stellungnahme aber darauf hin, dass diese Organisation auch arbeitsfähig sein müsste. Eine eigene Geschäftsstelle in Düsseldorf sollte es nach ihren Vorstellungen geben, die die von den Beiräten gewünschten Dienstleistungen erbringen könnte. Auch sollte man sich im Aufbau an den kommunalen Spitzenverbänden orientieren.

Bis es soweit war, dauerte es noch einmal zwei Jahre. Zunächst wählten die Migrantinnen und Migranten Nordrhein-Westfalens im Frühjahr 1995 erstmals ihre Vertreter in die nach GO verankerten Ausländerbeiräte. Im Oktober 1995 berichtete Tayfun Keltok auf der Mitgliederversammlung der AGA NRW von einem Brief Franz Münteferings. Darin schrieb der Sozialminister: „Gleichzeitig lade ich Sie ein, weiterhin aktiv und engagiert daran mitzuwirken, dass die Interessen von Ausländerinnen und Ausländern in Nordrhein-Westfalen qualifiziert und wirksam artikuliert werden. Dazu wird sich demnächst Gelegenheit bieten, wenn das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Kürze Vertreterinnen und Vertreter aller kommunalen Beiräte in Nordrhein-Westfalen nach Düsseldorf einladen wird, um ihnen das

Angebot der Landesregierung zur finanziellen und ideellen Förderung einer Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Ausländerbeiräte vorzustellen.“ In seinem Grußwort ging der Vorsitzende des Ausländerbeirats Siegen, Yasar Datli auf Münteferings Ankündigung ein: „Ich begrüße diese Initiative des Ministeriums umso mehr, als es richtig ist, dass eine Landesvertretung eine viel stärkere Position haben könnte, dabei ausgestattet ist mit einer Landesgeschäftsstelle mit allen Möglichkeiten und Vorteilen, die dies für ein zukünftiges Handeln auch für die Ausländerbeiräte vor Ort hat.“



*Der frühere Sozialminister Axel Horstmann gratuliert Tayfun Keltek zur LAGA-Gründung*

Münteferings Nachfolger im Amt des NRW-Sozialministers, Axel Horstmann, lud zu Beginn des Jahres 1996 zu einer Versammlung der Ausländerbeiräte aus dem ganzen Land nach Düsseldorf ein. In einer Tagungshalle auf dem Gelände der Düsseldorfer Messe kam man zusammen. Ziel war die Einsetzung einer Satzungscommission. Um keine der bereits vorhandenen Organisationen stärker zu beteiligen, als ihr der Größe nach zustand, und die tatsächlichen Verhältnisse in der Kommission wiedergeben zu können, mussten die anwesenden Beiräte erklären, ob und welcher Organisation sie angehörten. Dabei stellte sich heraus, dass es viele nicht-organisierte Beiräte gab. Hinzu kamen rund 24 Beiräte, die der AGA NRW angehörten, und gerade einmal drei, die dem Ausländerrat NRW angehörten. Die Satzungscommission wurde gewählt und arbeitete zwischen April und Oktober 1996 eine Satzung für eine künftige Landesarbeitsgemeinschaft der

Ausländerbeiräte NRW aus. Die Kommission begann unter der Geschäftsführung von Dr. José Sanchez Otero im April 1996 ihre Arbeit, die schon im Herbst desselben Jahres abgeschlossen sein sollte.

## **... wird endlich gut**

„Heute ist ein erneuter entscheidender Schritt gemacht worden auf dem Weg zu einer weiteren Verbesserung der Integration und der politischen Mitsprache unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger: Ich gratuliere herzlich zur Gründungsversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen!“ schrieb der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und spätere Bundespräsident Johannes Rau in einem Brief an die Delegierten der Gründungsversammlung der LAGA am 26. Oktober 1996. Diese waren in Oberhausen zusammengekommen, um nach langen Jahren des zähen Ringens nun ihre Landesorganisation ins Leben zu rufen.

Nach abschließenden Beratungen wurde der vorgelegte Satzungsentwurf von den Delegierten „bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen“, wie das Protokoll der Gründungsversammlung vermerkt. Im Anschluss daran wurden die anwesenden Vertreter der Ausländerbeiräte zur Mitgliedschaft in der LAGA NRW befragt. Insgesamt 90 Ausländerbeiräte erklärten sich dabei zu Mitgliedern. Bis auf wenige Ausnahmen gehörten somit fast alle in Nordrhein-Westfalen existierenden Ausländerbeiräte der LAGA an.

Nun musste nur noch der erste Vorstand gewählt werden. Für den Vorsitz kandidierte Tayfun Keltek, der schon Vorsitzender der AGA NRW gewesen war. Er war zu diesem Zeitpunkt außerdem Vorsitzender des Kölner Ausländerbeirates – des größten Beirats innerhalb der LAGA. Gegen ihn kandidierte der italienisch-stämmige Filippo Giletti. Keltek entschied die Wahl mit einem sehr deutlichen Vorsprung für sich. Giletti ist heute einer der drei Stellvertreter von Tayfun Keltek.



Zu den bestimmenden Kräften während des gesamten Prozesses der LAGA-Gründung gehörte Ulrich Dragon. Der Iserlohner Kommunalpolitiker hatte den gesamten Prozess aktiv begleitet und gefördert. Seine Kenntnisse über kommunale Abläufe und seine tiefe Überzeugung, dass nur eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Migrantenvertretungen und Kommunalpolitik, die Integration der Migranten voranbringen kann, haben seine Tätigkeit für den



LAGA-Aufbau bestimmt. Sein Engagement war für die Festsetzung der LAGA-Satzung von unschätzbarem Wert. Bei der Gründungsversammlung wählten die Delegierten Dragon zum Schriftführer. Leider konnte er die LAGA-Arbeit nicht lange begleiten. Ulrich Dragon starb im Dezember 1997.

## **Dokumentation:**

### **Erste Pressemitteilung der LAGA NRW vom 28. Oktober 1996**

Nur zwei Tage nach Konstituierung der LAGA NRW hielt Tayfun Kelttek zusammen mit weiteren Mitgliedern des LAGA-Vorstandes die erste Pressekonferenz der LAGA in den Räumen des Landtages ab. Wir dokumentieren die wichtigsten Teile:

„Mit ihrem Landeszusammenschluss geben sich die Ausländerbeiräte ein Forum, das ihre Interessen und Anliegen aufgreift und dadurch ihre Arbeit vor Ort unterstützt und verbessert. Die Selbstentscheidungskompetenzen der Gemeinden und der Ausländerbeiräte bleiben davon unberührt.“

Als einziger aus Urwahlen der Migrantinnen und Migranten hervorgegangener demokratisch legitimierter Gesprächspartner des Landtages und der Landesregierung ist die Landesarbeitsgemeinschaft gleichzeitig zentrales Gremium bei der Wahrnehmung der Aufgaben eines Beauftragten für die Angelegenheiten der Migrantinnen und Migranten im Land Nordrhein-Westfalen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft tritt dabei für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der im Land lebenden Migrantinnen und Migranten ein, die ihren Lebensmittelpunkt im Land Nordrhein-Westfalen haben. Hierbei arbeitet die Landesarbeitsgemeinschaft mit allen Institutionen und Organisationen zusammen, die sich gleichermaßen an diesen Grundsatz gebunden fühlen. Sie ist dabei keiner Partei, sondern nur dem Gemeinwohl verpflichtet. Dadurch leistet die Landesarbeitsgemeinschaft einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der zugewanderten und angestammten Menschen Nordrhein-Westfalens in einer von vielen Kulturen geprägten Gesellschaft. (...)

Das bedeutet, dass wir in allen Gremien, die die Migrationspolitik zum Schwerpunkt haben, in hervorgehobener Position mitarbeiten wollen.



*Impulse für die Ausländerbeiräte:  
Die Fokus-Studie*

Wir stellen weiter den Anspruch, bei allen migrationspolitischen Vorhaben der Landesregierung und des Landtages an erster Stelle beteiligt zu werden.

Wir wollen mit den Landtagsfraktionen und der Landesregierung im Interesse aller Migrantinnen und Migranten konstruktiv zusammenarbeiten. Einen Grundstein haben der Landtag und die Landesregierung durch die Unterstützung der Gründung der LAGA gelegt.

Wir unterstützen und respektieren die Arbeit aller Institutionen und Organisationen, die sich konstruktiv mit der Migrationspolitik befassen und bieten ihnen unsere Zusammenarbeit an. Gleichzeitig erwarten wir aber auch, dass von diesen Stellen die LAGA im Sinne ihrer Satzung anerkannt und respektiert wird.

Einige konkrete Punkte, die zum Teil auch schon Gegenstand der Beratung in unserer Gründungsversammlung waren, möchte ich jetzt noch ansprechen:

Die LAGA fordert die Landesregierung auf, sich mit der Ausgestaltung des §27 der Gemeindeordnung, in dem die Einrichtung der Ausländerbeiräte geregelt ist, zu beschäftigen.

Die Arbeit der Ausländerbeiräte vor Ort wird durch die uneinheitliche Anwendung, die es den Räten und Verwaltungen weitestgehend überlässt, wie sie mit dem Ausländerbeirat umgehen, ganz deutlich erschwert bis verhindert. Das ist für mich ein entscheidender Grund u.a. Auch dafür, dass von den ca. 135 Ausländerbeiräten im Lande nur (...) 90 Ausländerbeiräte Gründungsmitglieder geworden sind. (...)

Eine der Forderungen an den Innenminister ist es, dass eine Novellierung des § 27 wieder die Möglichkeit zulässt, dass auch Ratsmitglieder stimmberechtigt in Ausländerbeiräten mitarbeiten. Früher war dies auf freiwilliger Basis möglich und hat sich sehr bewährt. Heute können, wenn überhaupt, Ratsvertreter nur beratend teilnehmen, mit dem Ergebnis, dass sie sich vielfach aus den Ausländerbeiräten zurückgezogen haben.

Wir wollen aber die Zusammenarbeit, wir wollen, dass die Fraktionsvertreter durch ihre Stimmabgabe im Ausländerbeirat dafür in die Pflicht genommen werden können, dass sie für die Umsetzung der Forderungen des Ausländerbeirates im Rat sorgen.

Ziel der nächsten Ausländerbeiratswahlen muss es sein, dass alle Migrantengruppen für eine aktive Teilnahme gewonnen werden. Einen Minderheitenschutz innerhalb einer Minderheitenvertretung lehnen wir ab. Vielmehr müssen wir verdeutlichen, dass auch für Spanier, für Franzosen und für Angolaner die Teilnahme wichtig ist. Wenn das in dem Umfang gelingt, wie es beim letzten Mal bei den türkischen Staatsangehörigen gelungen ist, erübrigt sich ein Minderheitenschutz.

Zum Erreichen einer möglichst hohen Wahlbeteiligung ist es unbedingt erforderlich, dass der Innenminister einen einheitlichen Wahltermin festlegt. (...)

In 40 bis 50 Kommunen des Landes laufen bereits von der alten AGA initiierte Einbürgerungskampagnen. Wir wollen diese und möglichst noch viele weitere unterstützen mit der Zielsetzung, dass bei der nächsten Landtagswahl 100000 Migrantinnen und Migranten durch die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit ihre Stimme abgeben können und damit die Parteien auf einen ‚migrationspolitischen Prüfstein‘ stellen. (...)

In die gleiche Richtung zielt eine Kampagne, über die sich der Vorstand Gedanken machen muss. Wir müssen dafür sorgen, dass viele Migrantinnen und Migranten Mitglieder in den bestehenden demokratischen Parteien werden und dort eine moderne Migrationspolitik einfordern. (...)

# LAGA NRW stärkt die lokale Arbeit

**Interview mit Filippo Giletti, stellvertretender Vorsitzender der LAGA NRW und Vorsitzender des Ausländerbeirates Wetter**



...❖ *Der LAGA-Gründung gingen kontroverse Diskussionen voraus. Welche Gründe haben schließlich aus Ihrer Sicht für die Gründung dieses Dachverbandes gesprochen?*

...❖ Die Beiräte wollten einen Dachverband. Es gab allerdings das Problem, dass es zwei selbstorganisierte Verbände gab. Die Landesregierung hatte außerdem ihren Wunsch deutlich gemacht, einen Dachverband zu unterstützen. Es gab zwischen den beiden Vorläuferorganisationen der LAGA unterschiedliche Auffassungen über die Organisationsform und die Frage, wie die politische Vertretung der ausländischen Bürger in Nordrhein-Westfalen aussehen konnte. Schließlich einigte die übergroße Mehrheit der Ausländerbeiräte sich auf die LAGA NRW als ihren Dachverband.

...❖ *Was gab es für politische Gründe einen solchen Dachverband zu schaffen?*

...❖ Der Grund ist sehr einfach. Wirkliche politische Partizipation kann nur mit einer starken Kraft durchgesetzt werden. Örtliche Gremien allein kommen nicht weit. Sie haben die Möglichkeit, lokale Anliegen an die Verwaltung und die Kommunalpolitik zu formulieren. Aber nur eine starke Organisation ist in der Lage, den gemeinsamen politischen Willen für mehr Beteiligung oder bessere Bildungschancen für Migranten

ten zu entwickeln. Mit der LAGA NRW sind wir dabei viel näher an der Landesregierung und haben so die Möglichkeit, auch die Landespolitik zu beeinflussen. Auf diesem Weg haben wir viel erreicht, aber wir haben immer noch nicht das politische Gewicht, das wir gerne hätten. An dem Ziel der gleichberechtigten Partizipation müssen wir weiter arbeiten.

☞ *Die LAGA möchte also immer in migrationspolitische Entscheidungsprozesse einbezogen werden?*

☞ Genau. Wir vereinen in der LAGA die Meinungen der Ausländerinnen und Ausländer – unabhängig von der Herkunft der Einzelnen. Insofern vertritt die LAGA die Interessen der Migranten im Land und muss einbezogen werden in die Landespolitik.

☞ *Sind Ihre Erwartungen erfüllt worden?*

☞ Die größte Erwartung war die Schaffung eines Dachverbandes selber. Die ist erfüllt worden. Wir sind als Ansprechpartner auch akzeptiert. Die Landesregierung wendet sich ja an die LAGA, wenn sie eine Meinung braucht. Wir sind anerkannt – das ist viel wert. Leider haben wir noch kein den Parteien oder großen Verbänden vergleichbares Gewicht in der Politik. Viele von uns tragen zwar als Mitglieder demokratischer Parteien die Ansichten der LAGA in die politische Diskussion hinein, aber das ist nicht immer erwünscht. Zuspruch haben wir durch den Integrationsminister erhalten, der den Beirat für Integration ins Leben gerufen hat und in dem die LAGA vertreten ist.

☞ *Sie haben auf der Gründungsversammlung für den Vorsitz kandidiert, sind aber unterlegen. Dennoch gehören Sie seit zehn Jahren dem LAGA-Vorstand an. Welche Projekte konnten Sie auf den Weg bringen? Welche sind Ihnen besonders wichtig?*

...❖ Das für mich wichtigste Projekt ist das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten. Unabhängig davon ob ich schwarz, blond oder grün bin – ich muss ein Wahlrecht haben. Ohne ein kommunales Wahlrecht sind Migranten nicht im mindestens gleichberechtigt. Das Argument, das könne man durch den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, zählt für mich in diesem Zusammenhang nicht. Schließlich haben EU-Bürger auch das kommunale Wahlrecht.

...❖ *Worin besteht Ihrer Auffassung nach der größte Einfluss der LAGA?*

...❖ Das ist einfach zu beantworten: In Fragen der Verbesserung der politischen Partizipation und in dem Zusammenhang die Schaffung der Integrationsräte. Auch wenn wir nicht alles durchsetzen konnten, wie wir es uns vorgestellt haben: Der Druck, den wir ausgeübt haben, hat Wirkung gezeigt. Die Integrationsräte sind ein Riesenschritt nach vorne.

In zwei bis drei Jahren werden wir eine Evaluierung der Arbeit dieser neuen Gremien bekommen und dann kann man sicher weitersehen. Damit meine ich, dass dann eine Änderung der Gemeindeordnung zur Stärkung der Migrantenvvertretungen führt. Das würde auch die Position der LAGA wiederum verbessern.

...❖ *In welchem Politikbereich müsste sich die LAGA noch stärker positionieren?*

...❖ In der Bildungspolitik. Da ist schon manche LAGA-Forderung berücksichtigt worden, aber es gibt noch viel zu tun, um Chancengleichheit zu schaffen. Das ist das A und O. Es geht um die Einbeziehung der Herkunftssprache, aber nach meiner Ansicht muss auch die Frage der Elternarbeit viel stärker ins Licht gerückt werden.

...❖ *Kommen wir zu Ihrer Tätigkeit im Ausländerbeirat Wetter. Hat die Arbeit im LAGA-Vorstand Ihre Tätigkeit dort verändert?*

...❖ Ja. Viele Dinge, die ich auf LAGA-Ebene mitbekomme, kann ich in die lokale Politik einfließen lassen. Das ist sehr, sehr wichtig. Ein Beispiel: Vor einigen Jahren kam die damalige Schulministerin Schäfer zu einer LAGA-Sitzung und berichtete von Geld, das für frühkindliche Sprachförderung in Kindergärten zur Verfügung stünde. Sie erzählte uns sozusagen, dass in Düsseldorf Töpfe darauf warten geleert zu werden. Das hat in Wetter kein Mensch verstanden. Ich wurde erstaunt gefragt: ‚Wie kommen Sie an solche Informationen, Herr Giletta?‘ Nun ja, durch dieses Wissen und einen entsprechenden Antrag des Ausländerbeirats ist die Verwaltung dann tätig geworden und es sind Mittel aus diesem Förderprogramm in Kindergärten in Wetter geflossen. Wetter hat von Anfang an von diesem Programm profitiert und ist bis heute daran beteiligt – im vierten Jahr. Allerdings verstehe ich bis heute nicht, wie es sein kann, dass eine Verwaltung von solchen Landesprogrammen nichts weiß und nicht selber tätig wird.

...❖ *Migranten sollen sich in demokratischen Parteien engagieren. Das hat die LAGA gleich zu Beginn ihrer Existenz gefordert. Was sollten Parteien denn tun, damit das Realität wird?*

...❖ Ich kann von meiner eigenen Erfahrung sprechen. In Wetter hat die FDP mich zur Mitarbeit eingeladen. Sie greift im Übrigen schon seit längerer Zeit die Initiativen aus dem Ausländerbeirat auf. Sie hat sich aber natürlich auch erhofft, dass sie über mich ein Wählerspektrum erreicht, dass sie so ohne weiteres nicht erreicht hätte. Das ist sogar gelungen – weitgehend jedenfalls: Mein Einzug in den Stadtrat scheiterte 2004 an nur drei Stimmen.



# 2

## Der erste Weg zur Integration... politische Partizipation!

Im Mittelpunkt der LAGA-Arbeit steht die politische Beteiligung der Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Versteht sich die LAGA NRW doch seit ihrer Gründung als die Beauftragte der Migrantinnen und Migranten in NRW. Als frisch gewählter Vorsitzender der gerade gegründeten LAGA begründete Tayfun Keltok diesen Anspruch so: „Als einziger aus Urwahlen der Migrantinnen und Migranten hervorgegangener demokratisch legitimer Gesprächspartner des Landtages und der Landesregierung ist die Landesarbeitsgemeinschaft gleichzeitig zentrales Gremium bei der Wahrnehmung der Aufgaben eines Beauftragten für die Angelegenheiten der Migrantinnen und Migranten im Land Nordrhein-Westfalen.“

### **Beteiligung – aber wie?**

Die Wahlen zu den kommunalen Migrantenvertretungen waren zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts die einzige Chance für die meisten Migranten, sich überhaupt politisch zu äußern. Aber zu Beginn der 90er Jahre gab es in zahlreichen Kommunen Nordrhein-Westfalens überhaupt keine politische Vertretung für die zugewanderten Menschen. Viele Migranten und Politiker hatten auf die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für die Zugewanderten gesetzt. Schleswig-Holstein führte das kommunale Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass ein, wenn sie mindestens fünf Jahre rechtmäßig in Deutschland lebten. Doch ein Urteil des Verfassungsgerichts machte diese Hoffnung auf politische Beteiligung zunichte. Ohne eine vorherige Verfassungsänderung sei das Zugeständnis eines Wahlrechts auch auf kommunaler Ebene nicht möglich.

Politisch wird dieses kommunale Wahlrecht immer wieder eingefordert, doch die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag fehlte bislang. Erst 16 Jahre nach dem Urteil schrieben Union und SPD die Überprüfung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche in ihren Koalitionsvertrag. Ob mehr daraus wird, bleibt freilich abzuwarten.

## **Ausländerbeiräte**

Nach dem für viele Migrantinnen und Migranten enttäuschenden Urteil wurden die Ausländerbeiräte im Rahmen einer Neuordnung der Gemeindeordnung (GO) in Nordrhein-Westfalen institutionalisiert. Als Ausgleich für das fehlende Wahlrecht für die vielen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft wurden in § 27 der reformierten GO NRW die Ausländerbeiräte verpflichtend eingeführt. Alle Kommunen mit mehr als 5000 Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft mussten einen solchen Beirat einrichten. Ab 2000 ausländischen Einwohnern war und ist die Einrichtung vorgesehen, wenn die Forderung danach kommt. Unterhalb der 2000 Ausländer in einer Kommune ist die Einrichtung einer kommunalen Migrantenvertretung nur auf freiwilliger Basis möglich.

Bis zu dieser Insitutionalisierung war die Einsetzung eines Ausländerbeirates rein freiwillig gewesen. Die Wahlmodalitäten wie auch die Zusammensetzungen der Ausländerbeiräte waren von Gemeinde zu Gemeinde völlig unterschiedlich: Mal gehörten Ratsmitglieder als stimmberechtigte Mitglieder dazu, mal hatten sie nur eine beratende Stimme oder waren überhaupt nicht vorgesehen.

Die Neuregelung schuf eine gewisse Vereinheitlichung und notwendige rechtliche Grundlagen. Nach dem Wortlaut des § 27 haben die Ausländerbeiräte das Recht, sich zu allen Angelegenheiten der Kommune zu äußern. Sie können Anträge an den Rat stellen, Mitglie-

der der Beiräte sind als sachkundige Einwohner an den Ausschüssen zu beteiligen und haben Anspruch auf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige finanzielle und sachlich Ausstattung.

Dennoch war mit der neuen Gemeindeordnung für die meisten Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen nur eine rudimentäre Form der politischen Partizipation geschaffen worden. Tayfun Keltok forderte daher schon

auf der ersten Pressekonferenz der LAGA am 28. Oktober 1996 eine erneute Überprüfung der Gemeindeordnung und eine Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte zu ausschussähnlichen Gremien mit wirklichen Entscheidungskompetenzen. Auch die genauere Definition dessen, was die notwendige finanzielle und sachliche Ausstattung eines Ausländerbeirates sei, gehörte zum Forderungskatalog der LAGA NRW. Keltok konnte dabei auf ausgearbeitete Anregungen der früheren AGA NRW zurückgreifen. Diese hatte bereits zu Beginn der 90er Jahre auf die notwendige enge Verknüpfung von Migrantenvertretung und Kommunalpolitik verwiesen. Dieser wichtige Punkt war zu dem Zeitpunkt noch politisch umstritten.

Sowohl Teile der Ausländerbeiräte wie auch die Grünen machten sich für den Grundsatz „Ausländer vertreten Ausländer“ stark. Eine verständliche Forderung angesichts der versagten demokratischen



*Materialien für den Wahlkampf*

Mitbestimmungsrechte. Allerdings hat sich diese Form der Vertretung als nicht effektiv erwiesen.

Daher formulierte die LAGA bereits 1997 eine konkrete Forderung an die Landesregierung. In ihrem Vorschlag brachte die LAGA NRW die Fortentwicklung der Ausländerbeiräte zu Ausschüssen ins Gespräch, in denen die direkt gewählten Migrantenvvertreter zu zwei Dritteln und Ratsmitglieder zu einem Drittel vertreten sein sollten. Außerdem sollten diese Ausschüsse den anderen gleichgestellt und mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet sein.

Tatsächlich ging die Landesregierung auf die Anregungen der LAGA ein. Zu Beginn des Jahres 1999 kündigte die Regierung in Düsseldorf ein Verwaltungsmodernisierungsgesetz an. Darin sollte auch stehen, dass der Ausländerbeirat auf Antrag in einen Ausschuss für Zuwanderung und Integration umgewandelt werden könne. Die LAGA NRW begrüßte die Initiative, warnte aber zugleich vor der Gefahr, dass Kommunen dies zur Abschaffung der Mitwirkungsrechte der Migrantinnen und Migranten nutzen könnten. In seiner Stellung-



*Warten auf die Ergebnisse in Essen nach der Wahl 2004*

nahme zum Vorhaben der Regierung kritisierte Keltok die unklaren Vorgaben zur Einrichtung solcher Ausschüsse, die den Migrantinnen und Migranten möglicherweise jegliches Wahlrecht entzogen hätten: „Das hat zum Beispiel dazu geführt, dass in einer Großstadt zumindest angedacht wurde, die Migrantinnen und Migranten durch ein Delegationsverfahren in diesen Ausschuss zu berufen.“

Außerdem wies Keltok auf die Rechtslage hin, die keine entscheidende Verbesserung der politischen Position der Ausländerbeiräte gebracht hätte: „Denn aus dem Innenministerium wurde uns unmissverständlich mitgeteilt, dass zum einen Ratsmitglieder in den Ausschüssen für Zuwanderung und Integration zumindest im Verhältnis von 50 Prozent plus eine Stimme in der Mehrheit sein müssen und zum anderen der Ausschuss nicht mehr Kompetenzen haben sollte als der Ausländerbeirat nach § 27 GO... Wo ist hier die Verbesserung gegenüber dem derzeitigen Zustand?“

## **Dortmunder Modell**

Die Befürchtungen der LAGA waren nicht unberechtigt. Motiviert durch die Anregung der Landesregierung gingen aus Essen und Dortmund gemeinsame Anträge der Räte und Ausländerbeiräte ein, solche Ausschüsse einzurichten. Allerdings forderten beide Kommune eine Mehrheit für die direkt gewählten Migranten sowie den Vorsitz aus den Reihen der Migrantinnen und Migranten.

Diese Anträge an das nordrhein-westfälische Innenministerium wurden von der LAGA unterstützt. Doch schnell war klar, dass es aufgrund rechtlicher Probleme eine solche Zusammensetzung nicht geben könne.

Nach Auffassung des Ministeriums mussten die Ratsmitglieder in der Mehrheit sein, wenn rechtskräftige Entscheidungen getroffen werden sollten. Die Enttäuschung in Dortmund und Essen war groß.

Die LAGA NRW riet nun dazu, die Wahlen zu den Ausländerbeiräten ordnungsgemäß durchzuführen und in der Zeit danach über bessere Bedingungen für die politische Partizipation zu diskutieren.

## **Solinger Modell**

Im Gegensatz zu Essen und Dortmund, gelang es in Solingen ein „Experiment“ durchzusetzen. Nach § 58 des Kommunalisierungsgesetzes genehmigte das Innenministerium NRW ein sogenanntes Experiment in der bergischen Stadt. Bei den Wahlen im Herbst 1999 wählten die Solinger Migrantinnen und Migranten ihre Vertreter für den Ausschuss für Integration und Zuwanderung. Allerdings unter den vom Innenminister gestellten Bedingungen. Die Mehrheit der Mitglieder mussten Ratsmitglieder sein ebenso wie der Vorsitzende.

## **Duisburger Modell**

Als weiteres „Experiment“ wurde das Duisburger Modell vom Innenminister genehmigt. In Duisburg behielten zwar die direkt gewählten Migrantinnen und Migranten die Mehrheit im Gremium, allerdings sollten nun auch stimmberechtigte Ratsmitglieder der Migrantenvertretung angehören. Die rein beratende Funktion dieser Form der kommunalen Migrantenvertretung blieb ebenfalls erhalten. Die Idee zu einem solchen Vorschlag kam aus dem LAGA-Vorstand. Wie bereits oben berichtet, machten sich LAGA und Ausländerbeiräte immer wieder Gedanken über eine weitere Verbesserung ihrer Arbeit. Vorstandsmitglied Gürsel Dogan trug diese Überlegungen schließlich nach Duisburg. Gürsel Dogan selber kandidierte 1999 sowohl für den Duisburger Ausschuss für Zuwanderung und Integration, zu dessen Vorsitzendem er gewählt wurde, als auch für den Stadtrat. Für die CDU wurde er gewählt. 2004 kandidierte Dogan sogar erfolgreich auf einer eigen-

ständigen Liste für den Rat. Er gehört bis heute dem LAGA-Vorstand an.

Alle drei Modelle hatten zum Ziel, die Position der Migrantenvertretung im politischen Gefüge der jeweiligen Kommune zu stärken. Dabei rückte die Verzahnung der Arbeit der direkt gewählten Migrantenvertreterinnen und -vertreter mit der Ratspolitik immer weiter in den Mittelpunkt der Betrachtung.

## **Auf dem Weg zu den Integrationsräten**

Trotz der Enttäuschung, dass es 1999 noch nicht zu einer wirklichen Verbesserung der politischen Beteiligung kam, war die Debatte darum aber nicht mehr aufzuhalten. Unter anderem beauftragte die Landesregierung das Landeszentrum für Zuwanderung mit einer qualitativen Studie über die verschiedenen Formen der Migrantenvertretung, die nach den Wahlen 1999 entstanden waren.

Solingen, Duisburg und als Kommune mit klassischem Ausländerbeirat noch Bonn wurden evaluiert. Parallel dazu nannte sich die LAGA im April 2000 in Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen um.

Einen entscheidenden Durchbruch in Richtung Kompetenzverbesserung brachte schließlich eine Veranstaltungsreihe der LAGA im Jahre 2002. Bei einem Seminar in Herne, an dem viele Mitglieder von Ausländerbeiräten ebenso teilnahmen wie Mitglieder des Landtages sowie Verfassungsexperten.

Hierbei stellte der Münsteraner Rechtsprofessor und Spezialist für



*Professor Janbernd Oebbecke*

Kommunalrecht Janbernd Oebbecke die These auf, dass es auch ohne Verfassungsänderung möglich sei, den Migrantenvertretungen mehr Rechte zu geben. Der Weg dahin führe, so Oebbecke, über einen entsprechenden Ratsbeschluss, worin ein Rat ihm zustehende Kompetenzen an ein anderes Gremium abtritt. Oebbecke nannte als Beispiel für ein solches Verfahren die Verwaltungsräte der Sparkassen und andere kommunale Gremien, die von den Stadträten bestellt würden. Haken an dem Vorschlag des Juristen war die indirekte Wahl der Migrantenvertreter. Nach Oebbeckes Modell hätten die Migranten einer Kommune beispielsweise 20 Migrantenvertreter gewählt, aus denen der Rat dann wiederum eine Auswahl hätte treffen müssen. Letztlich würden dann etwa zehn Migrantenver-

#### Wahlbeteiligung INTEGRATIONS RAT etc.

	Stadt	2004 in %	1999 in %	Differenz in Prozentpunkten
1.	Aachen	9,7	9,7	0,0
2.	Alsdorf	16,5	20,9	-4,4
3.	Bad Honnef	12,2	16,9	-4,7
4.	Bergisch Gladbach	5,1	10,0	-4,9
5.	Bergkamen	15,6	19,0	-3,4
6.	Bielefeld	10,1	9,6	0,5
7.	Bochum	11,1	9,0	2,1
8.	Bönen	27,3	23,8	3,5
9.	Bonn	7,4	8,3	-0,9
10.	Bottrop *		13,0	
11.	Burscheid	10,0	16,3	-6,3
12.	Castrop-Rauxel	19,2	23,1	-3,9
13.	Dinslaken	19,3	15,6	3,7
14.	Dormagen	17,8	14,8	3,0
15.	Düren	12,2	13,6	-1,4
16.	Duisburg	14,2	21,1	-6,9
17.	Eschweiler	13,8	18,9	-5,1
18.	Essen	8,8	9,7	-0,9
19.	Frechen	8,8	11,5	-2,7
20.	Gelsenkirchen	11,4	11,2	0,2
21.	Gladbeck	23,9	17,0	6,9
22.	Gütersloh	7,1	13,5	-6,4
23.	Hagen	10,0	10,3	-0,3
24.	Hamm	23,5	22,6	0,9
25.	Hattingen	20,8	20,0	0,8
26.	Herne	14,4	14,9	-0,5
27.	Herten	18,6	9,7	8,9
28.	Herzogenrath	10,0	14,6	-4,6
29.	Hilden	8,2	9,1	-0,9
30.	Horn- Bad Meinberg *		20,5	
31.	Iserlohn	6,6	18,4	-11,8
32.	Köln	16,7	10,6	6,1
33.	Langenfeld	11,8	16,7	-4,9
34.	Leverkusen	11,7	17,9	-6,2
35.	Lippstadt	5,3	14,6	-9,3
36.	Löhne	2,1	8,2	-6,1
37.	Lüdenscheid	4,3	2,9	1,4
38.	Lünen	31,9	19,7	12,2
39.	Marl	11,2	4,9	6,3
40.	Mettmann	8,9	10,0	-1,1
41.	Mönchengladbach	9,8	5,3	4,5
42.	Mülheim/Ruhr	15,0	13,8	1,2
43.	Neuss	10,2	7,8	2,4
44.	Niederkassel	9,6	8,8	0,8
45.	Oberhausen	18,1	20,0	-1,9
46.	Paderborn	8,4	9,7	-1,3
47.	Ratingen	14,5	6,9	7,6
48.	Recklinghausen	17,9	21,0	-3,1
49.	Remscheid	11,7	9,4	2,3
50.	Rheine	15,9	15,9	0,0
51.	Siegburg	10,2	22,2	-12,0
52.	Siegen	9,8	8,9	0,9
53.	Solingen	8,5	11,9	-3,4
54.	Unna	10,2	8,6	1,6
55.	Velbert	13,3	15,0	-1,7
56.	Werdohl	11,8	25,0	-13,2
57.	Wesel	24,1	19,1	5,0
58.	Witten *		16,2	
59.	Wuppertal	5,4	6,7	-1,3
	<b>Durchschnitt</b>	<b>12,89</b>	<b>13,97</b>	<b>-1,08</b>

\* Wahl findet zu einem späteren Zeitpunkt statt



## Wahlbeteiligung AUSLÄNDERBEIRAT

	Stadt	2004 in %	1999 in %	Differenz in Prozentpunkten
1.	Arnsberg *	10,9	13,8	-2,9
2.	Ahlen	6,8	9,5	-2,7
3.	Baesweiler	23,4	7,2	16,2
4.	Bergheim	12,1	18,9	-6,8
5.	Bocholt	18,0	13,3	4,7
6.	Brühl	17,1	19,7	-2,6
7.	Bünde	6,0		
8.	Datteln	7,5	26,8	-19,3
9.	Detmold	6,0	4,0	2,0
10.	Dortmund	7,6	9,4	-1,8
11.	Düsseldorf	6,2	6,9	-0,7
12.	Eitorf	26,6	27,9	-1,3
13.	Euskirchen	11,0	17,8	-6,8
14.	Heiligenhaus	3,8	22,0	-18,2
15.	Hürth	10,1	12,8	-2,7
16.	Kamen	17,6	16,4	1,2
17.	Krefeld	11,7	15,8	-4,1
18.	Kreuztal *	7,5	3,7	3,8
19.	Leichlingen	9,4	15,8	-6,4
20.	Meinerzhagen	10,0		
21.	Menden *	10,6	18,3	-7,7
22.	Minden	14,0	17,1	-3,1
23.	Moers *	17,0	15,8	1,2
24.	Münster	8,1	10,0	-1,9
25.	Pulheim	10,6	14,7	-4,1
26.	Radevormwald	7,9	17,2	-9,3
27.	Sankt Augustin	8,5	7,8	0,7
28.	Schwerte	9,5	14,0	-4,5
29.	Soest	11,2	17,0	-5,8
30.	Stolberg	7,1	9,3	-2,2
31.	Troisdorf *	12,9	13,4	-0,5
32.	Viersen	7,1	14,3	-7,2
33.	Voerde *	11,9	8,3	3,6
34.	Werl	15,0	11,4	3,6
35.	Wesseling **	13,6	12,6	1,0
36.	Wetter *	8,5	11,7	-3,2
37.	Würselen	17,6	16,0	1,6
	<b>Durchschnitt</b>	<b>11,36</b>	<b>14,02</b>	<b>-2,65</b>

\* Wahl 26.09.04

\*\* Wahl 10.10.04

treter vom Rat berufen. Diese könnten dann wie ein Ratsausschuss arbeiten.

Dennoch: Oebbeckes Modell wurde zum Auslöser einer sehr intensiven Debatte um eine Stärkung der kommunalen Migrantenvertretungen.

Elemente aus Oebbeckes Modell in Kombination mit dem älteren LAGA-Vorschlag brachten den entscheidenden Schritt nach vorn: In Zusammenarbeit mit der LAGA ließ der damalige NRW-Innen-

minister Fritz Behrens Handlungsempfehlungen an die Kommunen erarbeiten. Darin fand sich die Anregung zur Bildung von Integrationsräten. Diese sollten im Verhältnis 2/3 Migrantenvertreter zu 1/3 Ratsmitglieder bestehen. Auch wurde klargestellt, dass solche Integrationsräte ähnlich den Jugendhilfeausschüssen mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden könnten. Rechtzeitig zu den Wahlen 2004 sollten die Kommunen, die dies machen wollten, entsprechende Ratsbeschlüsse herbeiführen. Das Innenministerium musste diese Beschlüsse im Rahmen der Experimentierklausel der GO genehmigen.

Angesichts des deutlichen politischen Willens handelte es sich bei der Genehmigung (fast) nur noch um eine Formsache.

„Natürlich hätte sich die LAGA eine durch die Gemeindeordnung festgelegte einheitliche Regelung für alle Städte gewünscht.“ kommentierte Keltok im Januar 2004 die Entwicklung. „Da wir aber konstruktiv mit den gegebenen Möglichkeiten umgehen wollen, sehen wir die Chance zur Einrichtung von Integrationsräten dann, wenn Ausländerbeirat und Rat dies gemeinsam wollen, als eine echte Reform an.“

Zwar bleibe „unsere Hauptforderung unverändert nach wie vor das kommunale Wahlrecht für alle auf Dauer hier lebenden Migrantinnen und Migranten. Bis es dazu kommt, bleiben kommunale Migrantenvvertretungen unverzichtbar, und auch danach werden sie keineswegs zwangsläufig überflüssig.“ betonte Keltok.

Insgesamt konnte die LAGA NRW die Entwicklung zu den Integrationsräten als großen Erfolg bewerten. Ihr Anliegen, die bessere Verzahnung von Migrantenvvertretungen und Kommunalpolitik zu erreichen, hatte zu großer Resonanz geführt. Die Landespolitik wie auch prominente Kommunalpolitiker wie die Bonner Oberbürgermeisterin warben offensiv für die „echte Reform“. Mit aktiver Unterstützung der Landesregierung startete die LAGA zu Beginn des Jahres 2004 eine Kampagne zur Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten unterschiedlichster Herkunft.

Auch die Presse in NRW berichtete sehr ausführlich über die Aktivitäten.

Im November 2004, nach den Wahlen zu den Migrantenvvertretungen, war das Ergebnis entsprechend erfreulich. In insgesamt 60 Städten, darunter fast alle Großstädte des Landes, waren Integrationsräte gewählt worden. Ihre Zusammensetzung war vielerorts bunter geworden und auch die Wahlbeteiligung ist in so mancher Kommune deutlich gestiegen.

## **Migranten in die Räte!**

Mit Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung NRW am 17. Oktober 1994 kam es zu einer weiteren Neuerung: Migranten aus EU-Staaten durften nun an Kommunalwahlen teilnehmen: also wählen und kandidieren. Für die LAGA war und ist das nur ein – wenn auch sehr wichtiger – Schritt in die richtige Richtung. Eine generelle Regelung, die auch Menschen aus Nicht-EU-Staaten berücksichtigt hätte, wäre natürlich die konsequentere Form der politischen Beteiligung und Aktivierung. Doch ohne das kommunale Wahlrecht eben nicht zu verwirklichen. Deswegen forderte die LAGA alle demokratischen Parteien frühzeitig auf, Migrantinnen und Migranten für die Kommunalwahlen 1999 aufzustellen. Insbesondere bemühte sich die LAGA NRW Migrantinnen und Migranten, die bereits Erfahrungen aus den Ausländerbeiräten mitbrachten, für eine Kandidatur zu motivieren. Die Ergebnisse nach den Kommunalwahlen waren aber mäßig.

Obwohl die Parteien und Freien Wählergemeinschaften insgesamt 334 Kandidaten aus EU-Staaten aufstellten, schafften ganze 33 am 12. September 1999 den Sprung in einen Rat. Unter ihnen der langjährige stellvertretende LAGA-Vorsitzende und Vorsitzende des Ausländerbeirates in Gütersloh Jean Makedonopoulos (CDU) in Gütersloh, Anabela Barata aus Hilden, die für die SPD sowohl im Stadtrat wie im Ausländerbeirat saß oder Teresa de Bellis in Köln, die von der örtlichen CDU eigens zu einer Kandidatur aufgefordert worden war. Hinzu kamen eine Reihe von Ratsmitgliedern mit türkischem Migrationshintergrund, die natürlich vorher eingebürgert worden waren. Zu diesen gehört Ercan Atay aus Iserlohn, der seit Gründung der LAGA NRW dem Vorstand angehört.

Fünf Jahre später sah die Lage für Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund schon besser aus. In den Parteien hatte sich herumgesprochen, dass neue Wählerschichten erschlossen werden

können, wenn man neben politischen Forderungen zur Integration auch ein glaubwürdiges Personalpaket anbietet.

Bei der Kommunalwahl stieg die Anzahl der gewählten Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund auf knapp 60 an. Erfreulich ist auch, dass in den Großstädten eine Reihe von Migranten in die Bezirksvertretungen gewählt wurden. Viele von diesen gewählten Migranten sind als Ratsmitglieder in den Integrationsräten der Städte tätig. Sie gewährleisten eine enge Vernetzung von Kommunalpolitik und Migrantenvertretung. Um diese positive Wirkung zu unterstützen hat die LAGA NRW im Juni 2006 erstmals alle Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund zu einem Treffen mit dem LAGA-Vorstand eingeladen. Gemeinsam will man wichtige Themen zur Integration in den Kommunen und im Land voranbringen. Tayfun Keltok: „Die LAGA NRW ist heute schon wichtiger Mittler zwischen den örtlichen Migrantenvertretungen und dem Land. Wir möchten nun verstärkt die Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in unsere Netzwerkarbeit miteinbeziehen. Sie wirken heute schon stark in ihre Fraktionen und Parteien hinein. Das ist ein hohes Potential für die Integrationspolitik.“



*Integrationsminister Armin Laschet trifft Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in Düsseldorf*

# Überraschend gute Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik

## Zwei Mitglieder des Kölner Integrationsrates äußern sich zu den Möglichkeiten des neuen Integrationsrates

sTuran Özkücük war vor seinem Einzug in den Kölner Integrationsrat schon lange Jahre Mitglied des Ausländerbeirats. Sein Vergleich der beiden Formen der Migrantenvertretung fällt positiv zugunsten des Integrationsrates aus. Igor Voloshin kommt aus der früheren Sowjetunion. Er kandidierte 2004 das erste Mal für die Migrantenvertretung. Er ist seit Januar 2005 stellvertretender Vorsitzender des Kölner Integrationsrates.

### Der Rat nimmt uns ernster Interview mit Turan Özkücük

„Herr Özkücük, Sie haben lange Jahre als Mitglied des Kölner Ausländerbeirates gearbeitet. Im November 2004 sind Sie in den neu geschaffenen Integrationsrat gewählt worden. Was haben Sie von dem neuen Gremium erwartet?“



„Ich habe mir effektivere Wirkungsmöglichkeiten als bisher erhofft und eine Erweiterung der Anerkennung als politische Vertretung von Migrant/innen.“

„Sehen Sie Ihre Erwartungen erfüllt?“

...❖ Zum großen Teil ja. Ich spüre, dass die politischen Gremien, namentlich der Rat und seine Ausschüsse, den Integrationsrat ernster nehmen als den Ausländerbeirat. Dasselbe kann ich für einen Teil der Verwaltung auch sagen, allerdings leider nur für einen Teil und nicht für die gesamte Verwaltung. Leider habe ich andererseits den Eindruck, dass die Öffentlichkeit, insbesondere die Migrantinnen und Migranten in Köln diese Veränderungen kaum oder gar nicht wahrnehmen.

...❖ *Ein wichtiger Grund für die Schaffung der Integrationsräte war die Hoffnung auf bessere Verzahnung mit der Kommunalpolitik. Bestätigt sich das in Köln?*

...❖ Eindeutig ja. Die Zusammenarbeit mit den Vertretern des Rates im Ausschuss selbst, aber auch die Zusammenarbeit mit den weiteren Ratausschüssen und dem Rat selbst sind fühlbar effektiver geworden.

...❖ *Wie sieht es mit der Zusammenarbeit mit der Verwaltung aus?*

...❖ Teilweise ist sie, wie ich schon andeutete, besser geworden. Ich sehe beispielsweise anhand der Beantwortung verschiedener Anfragen, dass Teile der Verwaltung sich Mühe geben, diese präzise zu beantworten. Die Kölner Ausländerbehörde möchte ich in dieser Hinsicht lobend erwähnen. Verschiedene andere Einheiten der Verwaltung scheinen aber dieses Gremium nicht wahrzunehmen oder auf es herabzublicken. Dies zeigt, dass die Kölner Stadtverwaltung in manchen Bereichen noch erhebliche Mängel an interkultureller Öffnung zeigt. Wir werden daran weiter arbeiten müssen.

...❖ *Was sind die Ihrer Auffassung nach wichtigsten Projekte, die Sie in*

*den vergangenen zwei Jahren auf den Weg gebracht haben?*

...✚ Ich glaube, zum einen die Novellierung der Richtlinie der Zentrenförderung und zum anderen die Aufstockung der Geschäftsführung des Integrationsrates.

...✚ *Hätten Sie auch von einem Ausländerbeirat beschlossen werden können? Wäre die Wirkung ähnlich gewesen? Wenn Nein, warum nicht?*

...✚ Ich glaube kaum, weil im Ausländerbeirat die Verbindlichkeit der dort vertretenen Ratsmitglieder nicht so ausgeprägt war wie im Integrationsrat. Im Ausländerbeirat waren es beratende Mitglieder. Im Integrationsrat sind sie stimmberechtigt.

...✚ *Das Innenministerium NRW hat die Integrationsräte im Rahmen der Experimentierklausel genehmigt. Ihre Arbeit soll bewertet werden, um Schlüsse für die Zukunft der kommunalen Migrantenvertretungen ziehen zu können. Welche Empfehlung würden Sie dem Innenministerium geben?*

...✚ Ich kann mir gut vorstellen, dass die Integrationsräte anstelle von Ausländerbeiräten als Regelvertretungen von Migrant/innen zugelassen werden können. Allerdings wäre es in diesem Fall sehr sinnvoll, wenn ihre Konstellationen, insbesondere ihre Kompetenzen für alle Kommunen des Landes einheitlich geregelt würden.

# Gute Öffentlichkeitsarbeit gehört zur Demokratie

## Interview mit Igor Voloshin

❖ Herr Voloshin, Sie sind 2004 erstmals in den Kölner Integrationsrat gewählt worden. Was hat Sie motiviert zu kandidieren?



❖ Die Voraussetzungen hatten sich verändert. Der Integrationsrat sollte den Ausländerbeirat ablösen und versprach ein effektiveres Gremium zu werden. Der alte Ausländerbeirat konnte meiner Meinung nach nicht viel bewegen. Ein Gremium, das nur der Meinungsäußerung dient, war mir zu wenig. Ich wollte etwas Gutes auf den Weg bringen. Mit der neuen Form der Migrantenvertretung sah ich diese Chance gekommen und habe kandidiert.

❖ Viele Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion haben vorher die Ausländerbeiräte kaum als „ihre Vertretungen“ wahrgenommen. Worin liegt der Unterschied zu heute?

❖ Es gab und gibt immer noch zu wenige Informationen über die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten für Migranten. Ich glaube, dass die russischsprachigen Migranten den Ausländerbeirat ebenso gut oder ebenso wenig kannten wie den Integrationsrat. Um die Wahlen herum war es etwas besser. Aber insgesamt müssen wir hart daran arbeiten, dass die Menschen besser informiert werden und unsere Arbeit wahrnehmen.



„Sind Ihre persönlichen Erwartungen an den Integrationsrat erfüllt worden?

„Jein! Ich bin sehr zufrieden mit der Tatsache, dass der Kölner Integrationsrat produktive Arbeit leistet. Die Zusammenarbeit zwischen direkt gewählten Migrantenvertretern und Ratsmitgliedern funktioniert gut. Die gemeinsam beschlossene Fortschreibung des Kölner interkulturellen Maßnahmenprogramms ist dafür ein gutes Beispiel. Ein weiteres positives Beispiel ist unser Einsatz für einen vernünftigen Internetauftritt des Integrationsrates. Das hat viel Zeit in Anspruch genommen, die sich lohnt hat.

Aber viele Projekte kommen nicht so voran, wie ich es mir wünsche, weil oft nicht genug Geld vorhanden ist, um eine schnelle Umsetzung zu garantieren. Das gilt zum Beispiel für die Integrationskonferenz. Man hat sich viel vorgenommen zwischen Stadtverwaltung, Rat, Integrationsrat und freien Trägern, aber nach fast einem Jahr sehe ich nicht, dass schon allzu viel umgesetzt wäre. Das dämpft den Elan schon.

„Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik und der städtischen Verwaltung?

„Die Zusammenarbeit ist wirklich gut. Das hatte ich so nicht unbedingt erwartet.

„Welches ist Ihrer Auffassung nach das wichtigste Projekt des Integrationsrats, an dem Sie mitgewirkt haben?

„Feedback aus der Bevölkerung ist absolut notwendig. Ohne Informationsaustausch und Dialog mit den Menschen kann man letztlich keine gute politische Arbeit leisten. Deswegen habe ich persönlich

mich sehr für eine bessere Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates eingesetzt. Dazu gehört der Internetauftritt. Mir ist das Erreichte noch nicht genug. Wir brauchen als Integrationsrat auch Räume, in denen uns die Wählerinnen und Wähler ansprechen können. Da fehlen uns noch die notwendigen Strukturen. Wenn wir 2009 aber eine weiter steigende Wahlbeteiligung haben wollen, müssen wir in der Öffentlichkeitsarbeit besser werden. Nur wenn die Menschen wissen, was wir für sie tun, werden sie bereit sein zu wählen.

...☞ *Das NRW-Innenministerium hat die Städte, die die Experimentierklausel der Gemeindeordnung zur Einrichtung eines Integrationsrates genutzt haben, aufgefordert, die Erfahrungen zu bewerten. Was würden Sie dem Innenministerium zur Zukunft der Migrantenvertretungen empfehlen?*

...☞ Die Migrantenvertretungen müssen alle wirkliche Entscheidungskompetenzen haben. Das ist für mich entscheidend. Darüber hinaus halte ich das kommunale Wahlrecht für alle Migranten, die dauerhaft in Deutschland leben, für unbedingt notwendig.

# 3

## Im Dienste der Integration Die LAGA-Geschäftsstelle

Am 10. Juni 1997 war es soweit: Mit dem damaligen Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis und Ministerpräsident Johannes Rau als Ehrengästen und Festrednern eröffnete die LAGA NRW ihre Geschäftsstelle in Düsseldorf. Nach der schon historisch wichtigen Gründung einer Landesorganisation der kommunalen Migrantenvvertretungen, ist damit der zweite notwendige Schritt vollzogen worden: Die Schaffung der notwendigen Infrastruktur.



*Gastredner Ignatz Bubis bei der LAGA*

In seiner Rede zur Eröffnungsfeier betonte Ignatz Bubis die Bedeutung einer Anlaufstelle, die es einer Organisation erst ermöglichen, effektiv zu arbeiten und zu wirken: „Dass diese Beiräte eingeführt wurden, war ein wichtiger und richtiger Schritt. Sie haben vieles bewirkt! Sie konnten sich in den einzelnen Kommunen für die Mindestrechte von Ausländern einsetzen. Da ist es nur natürlich, eine übergreifende Arbeitsgemeinschaft zu gründen. So

können die lokalen Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsame Ziele verwirklicht werden. ... Eine wichtige Aufgabe bei dieser Förderung des Zusammenlebens haben die Ausländerbeiräte und ihre Landesarbeitsgemeinschaft. Deshalb wünsche ich Ihnen allen viel Erfolg bei der

Bewältigung dieser Aufgabe. Uns allen aber wünsche ich, dass wir lernen, miteinander zu leben. Damit wir in Zukunft nicht mehr von diesen und den anderen sprechen, sondern nur noch von den Bürgern unseres Landes, den Bürgern unseres Staates.“

Tatsächlich erwies sich die Geschäftsstelle mit ihren Mitarbeitern und den von dieser erbrachten Dienstleistungen als entscheidender Schritt „aus der lokalen Isolation“, die es nach dem Willen so vieler Ausländerbeiräte zu überwinden galt.

## **Qualifizierung**

Franz Paszek ist Geschäftsführer der LAGA NRW seit ihrer Gründung. Zusammen mit seinem kleinen Team aus einer Assistentin und einem Referenten legte er los. Dabei konnte Paszek auf seine langjährige Erfahrung als Geschäftsführer des Kölner Ausländerbeirates zurückgreifen. Es ist deswegen auch kein Zufall, dass schon kurze Zeit nach der Eröffnung das erste Seminarprogramm an alle Mitgliedsorganisationen verschickt werden konnte.

Aufgrund der Ergebnisse der bereits zitierten Fokus-Studie zur Arbeit der Ausländerbeiräte wusste man um die Bedürfnisse der gewählten Mitglieder. Die Migrantenvetreter sahen in erster Linie ein Informations- und Qualifizierungsdefizit in ihrer eigenen Arbeit. Doch in den wenigsten Kommunen waren die Verwaltungen in der Lage oder Willens, dieses Defizit selber zu überwinden.

„Insgesamt 68 Prozent aller an der Untersuchung beteiligten Ausländerbeiräte signalisieren ihr Interesse an einer Fortbildung der Beiratsmitglieder. 40 Prozent haben bisher eigene Fortbildungen durchgeführt, 22 Prozent haben derartige Maßnahmen geplant. 55 Prozent aller Städte und Gemeinden haben ausdrücklich den Wunsch nach (weiterer) Fortbildung ihrer Beiratsmitglieder geäußert.“ hieß es in der Fokus-Studie. Aber auch: „Skepsis gegenüber Fortbildungsangebo-



*Das LAGA-Team: v.l.n.r. Siamak Pourbahri, Nazli Coskungönül und Geschäftsführer Franz Paszek*

ten, ungünstige Rahmenbedingungen und ein (zur Zeit noch) geringes Angebot erschweren derzeit eine Qualifizierung.“

Aus dieser Untersuchung wie auch aus eigener Erfahrung konzipierten der LAGA Vorstand und die Geschäftsstelle ein Fortbildungsprogramm. Seminare zu Rhetorik, Gemeindeordnung, Öffentlichkeitsarbeit sowie zu inhaltlichen Schwerpunkten wie der Bildungspolitik zeichneten die Seminarprogramme der ersten Zeit aus. Um den Wünschen der Mitgliedsorganisationen zu entsprechen, haben die Referenten Ali Hakan Saribas und sein Nachfolger Siamak Pourbahri im Laufe der Zeit maßgeschneiderte Seminare in Kooperation mit einer örtlichen Migrantenvertretung und der LAGA erarbeitet. Die Geschäftsstelle leistet dann Hilfestellung bei der Realisierung, bei der Suche nach geeigneten Referenten und Räumen, während die inhaltliche Konzeption im Wesentlichen von dem Ausländerbeirat oder dem Integrationsrat erstellt wird.

Im Vorfeld der letzten Wahlen zu den Migrantenvertretungen 2004 ist es der LAGA gelungen, in Zusammenarbeit mit der Landes-

zentrale für politische Bildung eine Informationsreihe zur Bildung der Integrationsräte durchzuführen. Diese Reihe ergab die Basis für die Geschäftsordnungen der insgesamt 60 neuen Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen.

Nach den Wahlen wurde mit der Landeszentrale für politische Bildung wie dem Landeszentrum für Zuwanderung eine Seminarreihe zur Qualifizierung der Mitglieder der Integrationsräte erarbeitet und durchgeführt. Sie richtete sich sowohl an direkt gewählte Migrantenvertreterinnen und -vertreter als auch an Ratsmitglieder und Geschäftsführer. Damit wollte man neben den inhaltlichen Bausteinen zugleich für ein gutes Arbeitsklima sorgen.

Darüber hinaus ist die Geschäftsstelle natürlich für die Organisation und Durchführung der LAGA-Veranstaltungen verantwortlich. Die Sitzungen des Vorstands, des Hauptausschusses, der Fachausschüsse und der Mitgliederversammlungen werden in Düsseldorf mit Hilfe von Assistentin Nazli Coskungönül vor- und nachbereitet. Auch die diversen Fachveranstaltungen zur politischen Partizipation, zur Bildungspolitik, zum Sport als Mittel zur Integration etc. gehören dazu. Seit Bestehen der LAGA beteiligt sie sich am jährlich stattfindenden Bocholter Forum. Immer kurz vor den Sommerferien treffen sich in Bocholt Fachleute zu einem Wochenende, um über aktuelle Entwicklungen der Migrationspolitik zu diskutieren. Seit zehn Jahren gehört die LAGA NRW zu den Impulsgebern und Organisatoren wichtiger Veranstaltungen.

## **Gut informiert politisch initiativ werden**

Den LAGA Mitgliedern war und ist aber der Informationsaustausch untereinander sowie detaillierte Informationen zur aktuellen Landespolitik mindestens ebenso wichtig. Zugleich erhob die LAGA NRW von Anfang an den Anspruch, ein wichtiger Akteur der Migrationspolitik in Nordrhein-Westfalen zu sein. Diesem Anspruch konnte die LAGA nur

gerecht werden durch eine intensive Kontaktpflege und einen regelmäßigen Informationsaustausch sowohl mit ihren Mitgliedsorganisationen als auch mit möglichst vielen Multiplikatoren der Landespolitik.

Zwar dauerte es über ein Jahr, aber immerhin: Gleich zu Beginn des Jahres 1998 erschien die erste Ausgabe des Info-Dienstes Migration. Über diese Mitgliedszeitung der LAGA wird seither sowohl über die Initiativen der LAGA wie der örtlichen Migrantenvertretungen berichtet. Es werden zudem aktuelle, integrationsrelevante Themen aufgegriffen und aus Sicht der LAGA NRW bewertet. So berichtete der Info-Dienst Migration ausführlich über die – unzureichende – Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und klärte die Beiräte insbesondere über die Besonderheiten für Kinder auf. Die Ausländerbeiräte hatten auf diese Weise Möglichkeiten, in ihren Städten und Gemeinden die Einbürgerungszahlen insbesondere bei Kindern durch Informationsveranstaltungen zu erhöhen. Ähnliches gelang durch die Berichterstattung über das neue Zuwanderungsgesetz. Hier stellte die LAGA einerseits ihre Kritik am Gesetz dar und machte zugleich auf mögliche Handlungsfelder für die Kommunen aufmerksam. Damit waren die Migrantenvertretungen in den Städten und Gemeinden in der Lage, die Umsetzung des Gesetzes vor Ort im Sinne der Migrantinnen und Migranten politisch zu begleiten.

Auf ähnliche Weise wurden die Migrantenvertretungen auf die neue Sozialgesetzgebung – die sogenannten Hartz-Gesetze – eingestellt. Seit der Integrationsrat in Köln im Januar 2005 seine Arbeit aufnahm, hat er sich immer wieder mit den Qualifizierungsangeboten für junge Migranten befasst. Seine Forderung nach verbesserten Leistungen der Kölner Arbeitsgemeinschaft zur Begleitung von jungen Migranten in der Ausbildung ist allerdings bisher erfolglos geblieben, was an den gesetzlichen Vorgaben liegt.

Aus finanziellen Gründen musste die LAGA NRW die Erscheinungsweise des Info-Dienstes verändern: Er kommt nur halbjährlich

heraus, wird aber durch einen Newsletter ergänzt, der per E-Mail an alle Mitgliedsorganisationen verschickt wird. So konnte der Aktualitätswert sogar gesteigert werden.

## **Austausch auf Arbeitsebene**

Ein weiterer Baustein der Netzwerkarbeit der LAGA NRW sind die regelmäßigen Treffen der Geschäftsführer der örtlichen Migrantenvertretungen. Zwei- bis dreimal im Jahr lädt Franz Paszek seine Kolleginnen und Kollegen aus den Städten und Gemeinden nach Düsseldorf ein. Die Treffen der Geschäftsführer sind eine willkommene Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen und aktuelle migrationspolitische Fragen zu diskutieren. Wann immer es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sinnvoll erscheint, ergeben sich so Initiativen, die in den Kommunen weiter verfolgt werden und durch die koordinierte Abstimmung eine größere Wirkung erzielen.

Bei diesen Treffen wurden zum Beispiel die Details für die LAGA-Vorschläge zur Schaffung der Integrationsräte abgesprochen. Die Erfahrung der rund 40 regelmäßig teilnehmenden Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen war unabdingbar, um die richtigen Formulierungen zu finden und das notwendige Vorgehen abzustimmen.

2002/03 besprachen die Geschäftsführer gemeinsame Initiativen zur Erhaltung der Lehrerstellen für den muttersprachlichen Unterricht. Heraus kam eine konzertierte Aktion für den Erhalt der Stellen.

Originelle Ideen sollten dabei helfen, den Erhalt der Stellen bei der Landesregierung durchzusetzen: So entstand in gemeinsamen Beratungen die Unterschriftenaktion der besonderen Art.

Um der Landesregierung das Interesse der Eltern am MSU zu dokumentieren, riefen die Ausländerbeiräte landesweit die Eltern dazu auf, Kopien der Anmeldungen ihrer Kinder für den Unterricht an die Geschäftsstellen der Beiräte zu senden. Es kamen 80.000 Anmeldun-



gen zusammen, die vor dem Landtag im Rahmen einer Kundgebung an die Regierung übergeben wurden (s. auch Kapitel zu Schule und Bildung).

Die Kampagne war auch deshalb so erfolgreich, weil die Geschäftsführer an ihren Bausteinen mitgewirkt haben. Sie waren intensiv inhaltlich vorbereitet worden oder konnten inhaltliche Impulse einbringen, gaben die Materialien weiter und motivierten die Migrantenvertretungen dazu, sich vor Ort einzuschalten. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen!

Mit dem neuen Gleichbehandlungsgesetz befassen sich die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer. Hier wird es um Fragen der Auswirkungen dieses Gesetzes auf die kommunale Antidiskriminierungs-Arbeit gehen. Eines steht jetzt schon fest: Die kommunalen Migrantenvertretungen werden auch zu diesem Thema wertvolle Anregungen für ihre lokale Arbeit erhalten.



*LAGA-Vorstand mit Delegierten der Migrantenvertretungen in Hagen*

# Fragen an Bernd Baumhold, Geschäftsführer Integrationsrat Hattingen



❖ Welche Leistungen der LAGA-Geschäftsstelle schätzen Sie besonders?

❖ Es gibt viele Dienste der LAGA, die ich regelmäßig und gerne nutze. Die Bereitstellung vielfältigster Informationen ist genau so wichtig, wie die Erschließung von neuen Kontakten, die ich ohne die LAGA NRW wahrscheinlich nicht so leicht aufgebaut hätte. Auch der Austausch mit anderen Integrationsräten oder Ausländerbeiräten ist unerlässlich für meine Arbeit in Hattingen. Insofern lässt sich die Frage vielleicht prägnant so beantworten: Ich schätze insbesondere die verlässliche Netzwerkarbeit der LAGA NRW. Dass diese so gut funktioniert, ist sicher dem unermüdlichen Einsatz von Tayfun Keltok (büyük başkan) zu verdanken.

❖ Wie wichtig ist Ihnen der Info-Dienst der LAGA inkl. Internetseite und Newsletter?

❖ Für mich selbst steht der persönliche Austausch mit dem LAGA-Geschäftsführer Franz Paszek und dem Referenten Siamak Pourbahri im Vordergrund. Mit den beiden kann ich mich immer schnell zu fachlichen Fragen beraten lassen. Der Info-Dienst Migration und der Newsletter sind aber für Multiplikatoren und Mitglieder des Hattinger Integrationsrates sehr wichtig. Sie erhalten von mir regelmäßig Hinweise, Links oder Kopien der Materialien, die die LAGA mir zusendet.

••• Hat die Arbeit der LAGA-Geschäftsstelle die Arbeit der Migrantenvertretung in Hattingen verändert? Inwiefern?

••• Ohne die Kontakte und die Unterstützung der LAGA gäbe es in Hattingen sicher keinen Integrationsrat. Dieses Experiment unter Nutzung der Klausel des § 126 der GO wäre nicht realisiert worden ohne die Initiative und die fachliche Beratung der LAGA. Außerdem war der Service mit den vielen Materialien und Mustersatzungen für die Einrichtung des Integrationsrates beispielhaft! Auch für die Mitglieder bzw. Delegierten ist die LAGA eine bedeutende und bereichernde Hilfe, die neue Perspektiven eröffnet.

••• Gibt es ein Thema, das Sie nur aufgrund der Kooperation auf Landesebene in Hattingen auf die Tagesordnung gesetzt haben?

••• Eigentlich nicht, denn die LAGA-Themen orientieren sich meist an den praktischen und konkreten Erfordernissen der kommunalen Arbeit. Mal geben die Migrantenvertretungen Anregungen, mal kommen sie aus Düsseldorf – aber nie gibt es Themen, die sozusagen aus heiterem Himmel kommen.

••• Auch die Geschäftsführer treffen sich auf Initiative der LAGA NRW regelmäßig. Welche Vorteile bringt dieser Austausch für Ihre Tätigkeit vor Ort?

••• Die persönliche Nähe zu den Kolleg/inn/en in den anderen Städten ist unverzichtbar!! Sie schafft Vertrauen, bietet Unterstützung, bereichert die Arbeit und hat so einen einen unsichtbaren, aber sehr nützlichen Ideenpool hervorgebracht, eröffnet neue Perspektiven und hilft, Fehler zu vermeiden. Insbesondere für die neuen Kollegen ein bedeutendes Forum.

Außerdem sind die Treffen immer ein willkommener Anlass, sich mal in der Landeshauptstadt umzusehen. Auch Dienst-reisen bildet. Manchmal wünsche ich mir aber eine bessere Abstimmung der Termine und Inhalte mit dem Integrationsbeauftragten Kufen und Institutionen wie der RAA oder Ver.di.

☞ *Konnten Sie durch den Austausch ein örtliches Problem lösen, weil Sie Anregungen von anderen Geschäftsführern bekamen?*

☞ Ja, das konnte ich schon oft. Durch die von der LAGA angeregte Netzerkennung haben sich inzwischen viele kleine Netze gebildet. Darin tauschen sich die Geschäftsstellen untereinander aus. Auch hier kann ich das Beispiel des § 126 anbringen. Michael Barszap vom damaligen Ausländerbeirat Herne und ich haben uns im Vorfeld der Einrichtung des Integrationsrates besonders intensiv austauscht. Die Entwürfe für die Satzung und den Antrag in den Räten sind zwischen uns hin und her gemailt worden – bis wir schließlich die optimalen Formulierungen hatten. Für die Einführung einer Vergaberichtlinie zur Förderung von Migrantenorganisationen habe ich mich mit den Geschäftsstellen der Migrantenvertretungen in Siegen und Essen intensiv beraten.

Umgekehrt ist Hattingen jüngst durch die Auflage eines Flyers zur Vorstellung des Integrationsrates zum Vorbild für andere geworden. Andere Migrantenvertretungen erarbeiten jetzt nach unserem Vorbild eigene Selbstdarstellungen.

Das alles läuft sozusagen an der LAGA NRW vorbei – wäre aber ohne sie nie in der Weise gelungen.

# 4

## Interkulturelle Schule

### Ein Weg zu Chancengleichheit im Bildungswesen

„Erziehung und Bildung für ein Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft erfordert zweierlei: die Schaffung von Entwicklungschancen für alle Teilgruppen, d.h. auch für die Einwanderer, und die Einübung in allen Formen des Miteinanderumgehens von Mehrheit und ethno-kulturellen Minderheiten. Wird das erste Ziel verfehlt, besteht die Gefahr, daß die Einwanderer ihren Migrationsstatus verlieren. Der Proletarisierungsprozess, der für die Mehrheit der Kinder und Kindeskiner der Arbeitsmigranten von damals bereits begonnen hat, würde sich verstärken. Wird das zweite Ziel verfehlt, wird also im – Generationen übergreifenden – Eingliederungsprozess nicht in allen Gruppen schrittweise ethno-zentrisches Denken aufgebrochen, würde der innere Frieden in Deutschland gefährdet.“ Diese Sätze sprach Prof. Dr. Ursula Boos Nünning auf der ersten Bildungskonferenz der LAGA NRW am 8. Dezember 1997 in Köln. Sie hätten genauso gut im Frühjahr 2006 im Rahmen der Berichterstattung um die Berliner Rütli-Schule fallen können. Denn ein knappes Jahrzehnt nach der ersten LAGA-Bildungskonferenz bleibt nüchtern zu konstatieren, dass trotz mancher Verbesserung im Detail, die Grundprobleme im Zusammenhang mit Bildungswesen und Migration geblieben sind.

Nach wie vor besuchen überproportional viele Migrantenkinder Förder- oder Hauptschulen, nur ein kleiner Teil geht auf eine Realschule oder schafft gar den Sprung auf ein Gymnasium. Rühmliche Ausnahme sind Gesamtschulen, in denen deutlich mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund zum Abitur geführt werden. Damals wie heute werden zu viele Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult. Doch damals wie heute gab es klare Konzepte: Dazu

gehört die gezielte Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit der Kinder mit Migrationshintergrund. Schließlich wussten die Verantwortlichen um die Bedeutung der Herkunftssprache für das Erlernen des Deutschen wie auch den Wert für die späteren beruflichen und wirtschaftlichen Chancen der Kinder und der gesamten Gesellschaft.



*Ex-Schulministerin Gabriele Behler bei der ersten Bildungskonferenz der LAGA*

Die damalige Schulministerin Gabriele Behler sagte in ihrem Grußwort zur genannten LAGA-Konferenz: „Der muttersprachliche Unterricht trägt zum Sprachenreichtum unseres Landes bei; und dieser ist nicht nur ein kultureller, er ist auch ein nicht zu unterschätzender außenwirtschaftlicher Pluspunkt.“

Trotz dieser Erkenntnis, die von der LAGA NRW bis heute vehement vertreten wird, lässt die Ausrichtung des gesamten Schulwesens auf eine interkulturelle Erziehung und Bildung auf

sich warten. Dabei werden nicht nur viele Chancen für die Migrantenkinder vergeben, sondern für alle Schülerinnen und Schüler. Tayfun Keltok merkte auf der gleichen Tagung an: „Die natürliche Mehrsprachigkeit ist eine wichtige Fähigkeit der Migrantenkinder, die gepflegt und ausgebaut werden sollte. Ist es logisch, wenn deutschen Kindern mit hohem Aufwand Italienisch als Fremdsprache beigebracht wird, zugleich aber die Sprachkenntnisse der italienischen Kinder, die hier leben, verschüttet werden? Wäre es nicht sinnvoller, die Sprachkenntnisse der italienischen Kinder auszubauen und gleichzeitig den nicht italienischen Kindern für einen interessanten Sprachunterricht zur Verfügung zu stellen? Das wachsende Europa und die Globalisierungsprozesse setzen die Mehrsprachigkeit für alle Kinder auf die Tagesordnung. Es sind bilinguale Bildungsgänge als Bestandteil öffentlicher

Schulbildung notwendig, die für alle Kinder gelten und nicht nur für eine kleine Schicht ausgewählter Schülerinnen und Schüler.“ Im gleichen Jahr 1997 forderte die EU-Kommission in ihrem Report „Europa verwirklichen durch allgemeine und berufliche Bildung“, dass die „interkulturelle Schule“ die Regelschule der Zukunft sein solle und mahnte die Mitgliedsstaaten, entsprechende Konzepte zu entwickeln. Kaum ein EU-Mitglied hat sich aber ernsthaft daran gemacht, dieses Ziel zu erreichen. Und anders als bei den vielzitierten Stabilitätskriterien für den Euro verlangt auch niemand nach Sanktionen für die Länder, die sich nicht an die EU-Richtlinien zur Schulpolitik halten. Andernfalls dürfte die Bundesrepublik Deutschland wie viele andere EU-Mitglieder auch mit hohen Geldstrafen rechnen. Im Gegensatz zu diesem geringen allgemeinen Interesse, lagen den gewählten Ausländerbeiräten die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen schon immer am Herzen. Die Auswertung einer 1997 durchgeführten Umfrage ergab ein eindeutiges Bild: „Am weitaus häufigsten beschäftigten sich die Beiratsmitglieder in den Jahren 1996 und 1997 mit der Kindergarten- und Schulsituation von Migrantenkindern...“



*Kritische Zuhörer in Köln*

Auch Debatten um Deutschkurse und muttersprachlichen Ergänzungsunterricht gab es in den Ausländerbeiräten häufig.

Ein Zufall ist das nicht. Den gewählten Migrantinnenvertreterinnen und -vertretern war und ist immer bewusst gewesen, dass die Teilhabe an Bildungschancen ein unerlässlicher Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe überhaupt ist. Ihnen war und ist bewusst, dass Migrantenkinder derzeit diese Chancen immer noch nicht in vollem Umfang haben. Schließlich ist ihnen auch bewusst, dass nicht immer alle Eltern die Schulkarriere ihrer Kinder begleiten können. Dennoch: Anders als es in den jüngsten öffentlichen Debatten den Anschein hat, ist das Bewusstsein über die Bedeutung von Bildung unter Migranten insgesamt recht hoch. Allerdings ging und geht es nicht ohne eine Reform des Bildungswesens, die auf spezifische Bedürfnisse von Migrantenkindern eingeht. Wobei die LAGA NRW immer auch die Chancen für alle Schülerinnen und Schüler betont hat, die sich daraus ergeben.

In enger Zusammenarbeit mit Bildungsfachleuten hat die LAGA über zehn Jahre hinweg immer wieder konzeptionelle Vorschläge zur interkulturellen Öffnung des Schul- und Bildungswesens gemacht. Begleitet durch anspruchsvolle Veranstaltungen und Publikationen sind auch immer wieder sehr konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Schulerfolge der Migrantenkinder gemacht worden.

## **Integration konkret: LAGA prescht vor**

Ein knappes Jahr vor der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie, brachte die LAGA NRW ein praktisches Handlungskonzept unter dem Titel heraus: „Integration konkret – Die Schulerfolge der Migrantenkinder verbessern.“ Darin wurden praktische Schritte vorgeschlagen, wie die Herausforderung kulturell und sprachlich heterogener Klassen zu bewältigen sei. Das Medienecho auf eine Pressekonferenz der LAGA im Januar 2000 war erstaunlich hoch. Alle wichtigen Zeitungen



in Nordrhein-Westfalen berichteten über den eindringlichen Appell der LAGA, die Probleme der Schüler mit Migrationshintergrund ernst zu nehmen.

Erschreckend lasen sich die empirischen Daten zum Bildungsstand der Migrantenkinder: Diese machten damals gerade einmal 15 Prozent der Gesamtschülerzahl aus. Zugleich verließen über 30 Prozent die Schule ohne Abschluss. Klar benannte LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltok auch das größte Problem der Migrantenkinder: Unzureichende Deutschkenntnisse bei der Einschulung. Allerdings: „Mit Appellen an die Eltern, zu Hause Deutsch zu sprechen ist es nicht getan.“ Damals wie auch heute noch überfordert das viele Familien. Die Kinder lernen möglicherweise falsches Deutsch und kommen noch schlechter in ihrer Sprachentwicklung voran.

Hauptforderung war daher die produktive Aufnahme der natürlichen Mehrsprachigkeit in den Unterricht. Von koordinierter Alphabetisierung in Deutsch und der Herkunftssprache bis zur Einführung bilingualer Schulen, in denen alle Kinder in verschiedenen Fächern sowohl auf Deutsch und Türkisch oder Deutsch und Italienisch unterrichtet werden. Auf diese Weise, so die Überzeugung der LAGA, könnte man endlich an den Stärken der Migrantenkinder ansetzen und systematisch die Deutschkenntnisse verbessern. Gleichzeitig hätte man auch dem EU-Anspruch nach interkulturellen Schulen für alle und der gerade von der Wirtschaft geforderten Mehrsprachigkeit aller Schüler nachkommen können.

Die Resonanz aus Politik und Wissenschaft war überwiegend positiv. Die SPD-Landtagsfraktion stellte „eine weitgehende Übereinstimmung Ihrer Positionen mit unseren politischen Vorstellungen fest“. Der schulpolitische Sprecher der CDU, Bernhard Recker, erklärte: „Der Gesamteindruck war insgesamt sehr positiv.“ Auch der Philologenverband lobte die LAGA-Initiative als „wertvollen Beitrag, die dazu geführte Diskussion zu systematisieren und zu versachlichen.“

Allerdings: Es gab zunächst keine politische Initiative von seiten der Landtagsfraktionen. Man beließ es bei verbaler Zustimmung.

In den Kommunen war die Reaktion produktiver. Dank zahlreicher Anträge der Ausländerbeiräte kam es in vielen Städten zu lebhaften Diskussionen und einigen beispielhaften Initiativen, die „im Kleinen“ einige konkrete Fortschritte brachten, die teilweise bis heute fortwirken.

In Hagen kam es im Zuge der Veröffentlichung des LAGA-Papiers zu einer Initialzündung für eine eigene parteiübergreifende Bildungsdebatte, die von der RAA Hagen und dem dortigen Ausländerbeirat angestoßen wurde. Ergebnis war eine kommunale Arbeitsgruppe, die den „Hagener Qualitätskatalog zur Verbesserung der Schulsituation von Kindern und Jugendlichen“ erarbeitete. Dieser Katalog wurde Grundlage für verschiedene Einzelprojekte in Kindertageseinrichtungen und Schulen, um die Migrantenkinder so gut wie nur möglich zu fördern.

Besondere Aufmerksamkeit gewann auch der Übergang von der Schule in den Beruf. Denn zu Beginn des Jahrzehnts machte sich bereits deutlich bemerkbar, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund selbst bei guten Schulabschlüssen kaum eine Chance hatten, eine reguläre Ausbildungsstelle zu finden. Die Gründe hierfür waren und sind vielfältig: Fehlende Kenntnisse über das Ausbildungssystem, mangelnde Netzwerke etc. Einen Weg, diese Probleme zu überwinden, sah man schon im Jahr 2000 in einem geordneten Übergangsmanagement, bei dem Schülern und Eltern frühzeitig Informationen und andere Hilfestellungen vermittelt werden. In Köln mündeten die Ideen in der Teilnahme am EU-Projekt Equal mit einem besonderen Schwerpunkt bei dem Übergang von der Schule in die Berufsausbildung.

Heute arbeiten in der Domstadt mehrere Einrichtungen mit dem Schulamt für die Stadt Köln erfolgreich an einer systematischen Begleitung der Bildungslaufbahn der jungen Menschen mit Migrations-



*Gute Bildungschancen?*

hintergrund. Eine effektiv koordinierte Elternarbeit, die die Eltern mit Migrationshintergrund in die Schulpflegschaften einführt ist dabei ein wesentlicher Bestandteil, der leider noch nicht an allen

Schulen aufgegriffen wird. Besonders an Grundschulen wird noch zu wenig getan, um Migrantinnen und Migranten in die Elternarbeit einzubeziehen. Dabei zeigen immer mehr Eltern ihr Interesse an der Schullaufbahn ihrer Kinder. Viele besuchen Elternabende selbst dann, wenn sie selber die deutsche Sprache nicht so gut beherrschen. Notfalls übersetzen Verwandte oder Freunde.

## **PISA-Schock**

Nur rund zehn Monate, nachdem die LAGA die beschriebene Bildungsdebatte losgetreten hatte, erstarrte Deutschland im PISA-Schock. Ganz anders als es dem eigenen Anspruch entsprach, landete die Bundesrepublik bei dem anerkannten weltweiten Bildungsniveauvergleich am unteren Ende der Skala. Besonders deutlich bestätigte sich, was die LAGA schon immer befürchtet und ausgesprochen hatte: Das gegliederte deutsche Schulsystem benachteiligt Schüler mit Migrationshintergrund in besonderer Weise.

### **Hauptkritikpunkte der wissenschaftlichen Analyse:**

- ▶ zu kurze Grundschulzeiten
- ▶ zu frühe Aufteilung in unterschiedliche Schulformen

- ▶ zu wenig Berücksichtigung der Herkunftssprachen bei Migranten
- ▶ zu geringer Austausch zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen zur Optimierung der Schuleingangsphase.

Besonders wichtig: In Bezug auf die Migrantenkinder sahen die Wissenschaftler in diesen Hauptkritikpunkten jeweils eine verstärkende Wirkung in der ohnehin bestehenden Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Wer schon im Kindergarten nicht optimal auf die Schule vorbereitet wird, hat Nachteile in der Schule. Werden dort die Kinder wieder nicht nach ihren Fähigkeiten gefördert, erlangen sie nicht die Möglichkeit eine „gute“ weiterführende Schule zu besuchen. Auf der weiterführenden Schule kommen sie wiederum nicht klar, weil ihnen Basiskenntnisse nicht vermittelt wurden, die aber grundlegend für erfolgreiches Lernen in zahlreichen Fächern sind. Das gilt natürlich insbesondere für die Lese- und Sprachfähigkeit des Deutschen.

Die auf die Veröffentlichung der Studie folgende Debatte war aus LAGA-Sicht abenteuerlich, um nicht zu sagen latent rassistisch. Nicht wenige versuchten aus den Opfern des eindeutig gescheiterten Bildungswesens die Verursacher für das schlechte Abschneiden zu machen. Nach einem Jahr relativ produktiver Bildungsdebatte fand sich die LAGA NRW in einer regelrechten Abwehrschlacht gegen alte Vorurteile wieder. Das größte war und ist die Vermutung, dass die Mehrsprachigkeit der Kinder das Erlernen der deutschen Sprache behindere.

Dass möglichst alle Kinder bei Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen sollten, ist natürlich ein vernünftiges Ziel: Der Weg dorthin ist die entscheidende Streitfrage. Mit der teilweise unsachlichen Debatte nach der Veröffentlichung der PISA-Studie jedenfalls war und ist niemandem geholfen. Ja, selbst die positiven Ansätze im Detail gehen bei einer so geführten Diskussion unter. So ent-

standen im Zuge der Veröffentlichung Ideen zu einer stärkeren kommunalen Verantwortung in der Bildungspolitik. Die verstärkte Sprachförderung schon im Kindergarten ist ebenfalls positiv zu bewerten, sofern sie nicht schon vor der Schule zu Leistungsdruck führt, sondern die Kinder bei ihren Fähigkeiten packt und systematisch über die Herkunftssprache an die deutsche heranführt. Konzepte mit Erzieherinnen mit Migrationshintergrund, die Benutzung mehrsprachiger Märchenbücher etc. sind ausreichend vorhanden – sie müssen dem gesamten Erziehungspersonal vermittelt und in der Praxis angewandt werden.

Stattdessen blieb in der Öffentlichkeit der Eindruck hängen, durch noch frühere Einschulung, mehr Vergleichstests und Englischunterricht ab der dritten Klasse werde sich schon alles richten lassen. Dazu müssten noch alle Migranten gezwungen werden, in allen Lebenslagen nur noch deutsch zu sprechen, und die deutschen PISA-Probleme erwiesen sich – um in der Schulsprache zu bleiben – als einmaliger Ausrutscher. Dass eine solche Sicht der Dinge zu einfach ist, ist eine Binsenweisheit. Dennoch spiegelt sie einen wichtigen Teil der Debatte.



*Interkulturelles Lernen macht Spaß*

Die LAGA nutzte im Rahmen ihrer Möglichkeiten die PISA-Debatte, um ihre Forderungen nochmals zu unterstreichen. Wer sich ernsthaft mit den Studienergebnissen auseinandersetzt, weiß, dass sich viele LAGA-Forderungen mit den Schlussfolgerungen der Bildungsforscher decken. Dass diese Forderungen auch erfolgreich umzusetzen sind, beweisen Länder wie Schweden und Finnland, in denen Migrantenkinder ebenso gute Ergebnisse wie ihre Mitschüler erreichen. Dort haben Migrantenkinder übrigens einen Anspruch darauf, in ihrer Herkunftssprache alphabetisiert zu werden – unabhängig davon, wie häufig die jeweilige Sprache an einer Schule nachgefragt wird.

## **Die wichtigsten LAGA Forderungen für eine Bildungsreform nach PISA**

„Wir brauchen eine Unterrichtsreform, die Lehren und Lernen in sprachlich heterogenen Klassen effektiv macht. Es geht um die lange geforderte Individualisierung des Regelunterrichts, nicht um das Aufziehen neuer externer Förderschienen. Das bedeutet vor allem für die Grundschule die koordinierte Alphabetisierung in Deutsch und der Muttersprache in enger Kooperation von deutschen und muttersprachlichen LehrerInnen. ...

Mit der Unterrichtsreform muss ein systematischer kommunaler Begleitungsservice entwickelt werden, der die Schulen bei ihren Innovationen begleitet und berät. Gerade in NRW fehlt es nicht an Ressourcen dafür, sondern an einer effektiven Verwendung der vorhandenen Möglichkeiten (Stellen zur Integrationshilfe, RAA...) ...

Die frühe Selektion nach nur vier Grundschuljahren und das vielfache Abschieben von Migranten auf die Hauptschule als „Restschule“ gehen oft an den Möglichkeiten der Betroffenen vorbei, entmotivieren viele SchülerInnen und vermitteln keine Perspektiven. Leistung wird mit Auslese verwechselt. Statt jetzt in der Auswertung von PISA

die Selektion zu verschärfen und noch mehr Tests zu veranstalten ohne zu wissen, was man mit den Ergebnissen anschließend machen soll, muss überlegt werden, welche Art von Unterricht und Schulstruktur wir brauchen, um mehr Chancengleichheit zu verwirklichen. Die notwendigen Schritte im Vorschulbereich ersetzen nicht schulische Konzepte.“ (aus PISA macht alle wach!)

Zwar fand die LAGA in Expertenkreisen mit ihren Forderungen Gehör, aber die Politik hat faktisch nur in Einzelpunkten reagiert. Immerhin kann die LAGA NRW feststellen, dass die von der früheren Schulministerin Ute Schäfer angegangene Neuordnung der Integrationsstellen auf eine LAGA – Initiative zurückgeht. Nicht mehr die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund allein ist entscheidend für die Vergabe der Stellen, sondern die dahinter stehenden schulischen Konzepte. Schulen, die sich ernsthaft überlegen, wie sie Migrantinnen und Migranten fördern können, sollen besondere Unterstützung bekommen. So werden Mittel effektiv eingesetzt und die Ergebnisse sind letztlich für alle brauchbarer als das früher übliche Gießkannensystem.

## **Rettet den Muttersprachlichen Unterricht**

Sowohl die erste PISA-Studie wie auch die folgenden Ergebnisse der Bildungsforscher lassen klar erkennen, dass fundierte Kenntnisse der Herkunftssprache in Wort und Schrift für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund von großer Bedeutung sind. Mehrsprachig wachsen diese Kinder und Jugendlichen ohnehin auf. Es kommt darauf an, diese natürliche Mehrsprachigkeit so zu fördern, dass sie den Kindern in ihrer Schullaufbahn nutzt und ihnen für den Beruf einen besonderen Vorteil verschafft. Dies ist um so wichtiger, als wissenschaftliche Ergebnisse der Hirnforschung immer deutlicher zeigen, dass gezielt geförderte Mehrsprachigkeit der Entwicklung von Kindern insgesamt nützt. Mehrsprachler sind in der Regel besser auf die Herausfor-

derung in der Schule vorbereitet. Immer mehr fordern daher, dass alle Kinder möglichst schon vor dem sechsten Lebensjahr mit einer weiteren Sprache als der Muttersprache in Kontakt kommen.

Wer vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse modernen, lebendigen Sprachenunterricht an Schulen fordert, frühen Fremdsprachenunterricht in die Bildungscurricula aufnehmen will und die Konzepte der Mehrsprachigkeit an Kindertageseinrichtungen umsetzen möchte, findet in der LAGA NRW immer einen kooperativen Partner.

Widerstand haben aber die zu erwarten, die solche Diskussionen nutzen wollen, um die Mehrsprachigkeit auf die gesellschaftlich anerkannteren Sprachen Englisch, Spanisch und Französisch zu reduzieren. Eine solche in die Irre führende Debatte gab es zu Beginn dieses Jahrzehnts um die Zukunft des muttersprachlichen Unterrichts an Schulen. Ursprünglich sollten die „Gastarbeiterkinder“ in zusätzlichen Nachmittagsstunden ihrer Muttersprache lernen, um bei einer Rückkehr ins Herkunftsland möglichst leicht den Anschluss an den dortigen Schulunterricht zu finden. Nach vierzig Jahren Einwanderungsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland ist allen klar, dass es nicht mehr um Rückkehr in das Herkunftsland geht. Die allermeisten Migranten leben auf Dauer hier. Angesichts dieser Tatsache ist eine Diskussion um einen modernen Muttersprachenunterricht nicht verwerflich.

Dabei müssen aber zwei Dinge anerkannt werden:

Der Wunsch des größten Teils der Migranteneltern, ihre Kinder zweisprachig zu erziehen, muss ernst genommen werden.

Muttersprachen wie Türkisch oder Russisch müssen an weiterführenden Schulen als zweite Fremdsprache zu einem normalen Schulfach werden, das allen Schülern offen steht.

Diese Ziele sind nicht von heute auf morgen zu erreichen. Denn es gibt noch zu wenige Lehrer mit Migrationshintergrund, die an deutschen Hochschulen studiert haben. Konzepte müssen her, die die vorhandenen Muttersprachenlehrerinnen und -lehrer und ihre Kompe-



tenzen einbezieht. Gerade dieses Lehrpersonal kennt in der Regel die sprachliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gut. Sie haben häufig einen besseren Kontakt zu den Eltern als viele andere Lehrer. Damit können die MSU-Lehrer also als Mittler zwischen Eltern und Schülern mit Migrationshintergrund einerseits und den Schulen andererseits fungieren.

Kurzum: Wer von einer Reform des Muttersprachlichen Unterrichts spricht, darf ihn nicht durch Stellenstreichungen zerschlagen.

Genau das aber drohte 2002/03: Die frühere Schulministerin Ute Schäfer wollte nicht weniger als 450 dieser Lehrerstellen streichen. Als Begründung diente der Ministerin das angeblich schwindende Interesse an dem Unterricht und die Notwendigkeit, den MSU gründlich an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Während die LAGA NRW letzteres durchaus nachvollziehen konnte, empfand sie die Kürzungsabsichten aber als Schlag ins Gesicht. Vor dem Migrationsausschuss des NRW-Landtages sagte Tayfun Keltok im Mai 2003 in einer Stellungnahme:

„Diese sprachliche Heterogenität können wir nicht länger ignorieren, sie wird auch in Zukunft Bestand haben. ... Ich weiß, dass in England die staatliche Schulaufsicht den Schulen, die diese Art Heterogenität nicht berücksichtigen, den Vorwurf des Rassismus macht....

Wir brauchen mehrsprachige Kindertagesstätten, eine zweisprachige Alphabetisierung und eine Koordinierung auch des Sachunterrichts von Regelunterricht und muttersprachlichem Unterricht, die Einstellung junger Migranten in den Lehrberuf, neue Formen des Deutschlernens auch in der Sekundarstufe und eine Reform der Lehrerbildung....

Die parallel zur Veröffentlichung der PISA-Studie vorgenommene Kürzung der Lehrerstellen für den MSU-Unterricht um 1/3 ist der ganz falsche Weg. Statt eines modernen muttersprachlichen Unterrichts im Sinne des neuen Lehrplans soll der falsche Weg des Deutschlernens

unter Missachtung der Muttersprache verschärft werden. ... Die LAGA-NRW hat in kurzer Zeit zusammen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft etwa 80.000 Unterschriften gegen diese Kürzung gesammelt. Das ist ein eindeutiges Votum vor allem der Migranteneltern, die ganz deutlich gemacht haben, dass sie den muttersprachlichen Unterricht weiterhin wollen.“

Es blieb nicht bei der Unterschriftensammlung: Zusammen mit den örtlichen Ausländerbeiräten, ersann die LAGA NRW eine außergewöhnliche, aber um so beeindruckendere Protestform. Alle Migranteneltern wurden aufgefordert, die Anmeldung ihrer Kinder zum muttersprachlichen Unterricht in Kopie an den Ausländerbeirat der Gemeinde zu geben. Von dort gingen die Kopien an die LAGA NRW. Während einer Kundgebung vor dem Landtag in Düsseldorf übergab Tayfun Keltok die kopierten Anmeldungen an Landtagspräsident Ulrich Schmidt. Zusammen mit den rund 80.000 Unterschriften gegen die Streichungen, unterstrich diese Art des Protestes den von Keltok beschriebenen Elternwillen.

Der Widerstand der LAGA NRW war teilweise erfolgreich: Die Streichungen der MSU-Lehrerstellen fielen geringer aus, als zunächst befürchtet worden war. Statt der ursprünglich 450 wurden schließlich nur 150 Planstellen gestrichen. Das waren nach Auffassung der LAGA immer noch 150 zu viel. Immerhin konnte so aber eine regelrechte Ausblutung des MSU verhindert werden.

Fazit der Aktion: Die LAGA war relativ erfolgreich beim flächendeckenden Erhalt des MSU. Aber auf dem Weg zur interkulturellen Schule, wie die EU sie fordert, war und ist man in NRW und in ganz Deutschland noch nicht weit gekommen. Auch der „20-Punkte-Aktionsplan Integration“ der neuen Landesregierung lässt dieses Ziel noch vermissen.

In einer Stellungnahme der LAGA zu den Vorschlägen des NRW-Integrationsministers Armin Laschet heißt es konsequenterweise:

„Die LAGA NRW begrüßt ausdrücklich den Grundgedanken des „Aktionsplans Integration“: ‚Die zentrale Herausforderung heute lautet: Integration durch Bildung‘. (...) Die Verbesserung der Schulerfolge der Migranten ist deshalb eine erstrangige gesellschaftspolitische Aufgabe. Die LAGA NRW begrüßt daher die verstärkten Anstrengungen zum Spracherwerb vor der Einschulung, zur Ausweitung des Ganztagsangebots, zur Elternarbeit, zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts und zur Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern mit Zuwanderungsgeschichte. (...)

Wir vermissen eine Anknüpfung des „Aktionsplans Integration“ an den Stärken der Migranten. Neben der Respektierung der religiösen Bedürfnisse geht es vor allem um die Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen. Bilinguale schulische Angebote unter Einbeziehung der Herkunftssprachen der Migranten und zum interkulturellen Lernen stärken die Kompetenzen der Migranten auch in der deutschen Sprache, unterstützen die Identitätssuche und sind gleichzeitig ein großer Reichtum für die deutsche Gesellschaft, die im Zeitalter der Globalisierung ein großes Interesse an Mehrsprachigkeit und Interkulturalität hat.“

## **Exkurs: Einführung eines Faches Islamischer Religionsunterricht**

„Die Landesregierung will gemeinsam mit den muslimischen Organisationen im Lande, die die Werte der Verfassung anerkennen und die zum Gelingen der Integration beitragen, vom bloßen Dialog zu konkreten Kooperationsvereinbarungen kommen. Damit soll eine verbindliche Basis zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes geschaffen werden.“ Diese im Aktionsplan Integration des nordrhein-westfälischen Integrationsministers enthaltene Ankündigung ist aus LAGA-Sicht längst überfällig. Seit Bestehen der LAGA NRW wird die

Frage des islamischen Religionsunterrichts diskutiert – bisher ohne konkrete Ergebnisse. Dabei ist schon lange klar, dass es unter den muslimischen Migrantinnen und Migranten ein hohes Bedürfnis für ein entsprechendes Angebot gibt. Immerhin bilden sie schon seit Jahren die drittgrößte Religionsgruppe im Land. Dies entspricht den Schülerzahlen: Auch an Schulen sind Angehörige der islamischen Religion die drittgrößte Gruppe.

Auf der LAGA-Mitgliederversammlung im Oktober 1997 wurde ein Antrag verabschiedet, der die Forderung nach einem „Unterrichtsfach islamische religiöse Unterweisung“ stellt. Die Delegierten begründeten ihre Forderung so: Ein solches reguläres Unterrichtsfach „kann durch detailliertes und wissenschaftlich begründetes religiöses Wissen den drohenden Verlust der islamischen Traditionen unter den Migranten in der Bundesrepublik Deutschland verhindern. Er kann das Vertrauen der muslimischen Eltern in die deutsche Schule wesentlich stärken und damit auch ihre Bereitschaft, im Interesse der Kinder pädagogisch mit der Schule zusammenzuwirken. Er kann dazu beitra-



*Dringend gebraucht: Lehrpersonal mit Migrationshintergrund*

gen, dass muslimische Kinder und Jugendliche besser mit ihren sozialen Problemen in einer nicht-islamischen Gesellschaft zurechtkommen.“

Schon Ende der 90er Jahre argumentierten Politiker, dass die Einführung eines Faches Islamischer Religionsunterricht schwer sei, weil es keine der christlichen Kirchen vergleichbare Organisation gäbe, die – wie es das Grundgesetz garantiert – am Aufbau des Unterrichtsfaches beteiligt werden könnte.

Die LAGA NRW fordert seither ein pragmatisches Vorgehen, die eine rasche Einführung des islamischen Religionsunterricht möglich macht. Doch bisher ziehen sich alle Landesregierungen auf den „fehlenden Ansprechpartner“ zurück. Die Sorge der christlichen Kirchen, dass ein rein staatlich organisierter Religionsunterricht ihre eigenen Rechte in Frage stellen könnte, ist nachvollziehbar. Allerdings sollte sie keiner pragmatischen Lösung im Wege stehen.

Als gangbaren Weg schlug die LAGA-Mitgliederversammlung schon 1997 folgendes Konzept, das wir dokumentieren, vor:

- ▶ Bei sprachlich homogenen Lerngruppen sollte der Unterricht im Sinne bilingualer Angebote in der Muttersprache erfolgen (Türkisch oder Arabisch), bei sprachlich gemischten Gruppen auf deutsch.

- ▶ Das Fach islamische Religionskunde muss stattfinden, wenn in der Jahrgangsstufe einer Schule eine entsprechende Lerngruppe vorhanden ist. Es können jahrgangs- oder schulübergreifende Lerngruppen gebildet werden.

- ▶ Eine Abmeldung aus der islamischen Religionskunde durch die Eltern bzw. die Schülerinnen und Schüler ist möglich. Dabei sollten die entsprechenden Verfahren des christlichen Religionsunterrichts angewendet werden.

- ▶ Diese Vorstellungen können kurzfristig verwirklicht werden, wenn in erster Linie die in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Pädagogen, die an Hochschulen ein islamisches Theologiestudium ab-

solviert haben und die türkischen MSU-Lehrerinnen und Lehrer, die durch Fortbildungsmaßnahmen des Landesinstituts in Soest die Lehrbefähigung zur Erteilung dieses Unterrichtsfaches besitzen, als Lehrkraft für den Islamunterricht eingesetzt werden. Diese Lehrer sollten die Zustimmung der nächstgelegenen islamischen Gemeinde finden.

► Einrichtung eines Lehrstuhles für islamische Theologie an einer Hochschule in NRW, an dem Lehrerinnen und Lehrer für islamische Religionskunde ausgebildet werden.

► Einrichtung einer Fachberatung für das Unterrichtsfach islamische Religionskunde bei den Bezirksregierungen. Bei der Besetzung sollten vor allem Lehrerinnen und Lehrer, die dieses Fach unterrichten, berücksichtigt werden.“

Die Bilanz: Nach neun Jahren seit Verabschiedung der LAGA-Vorschläge ist nur wenig passiert. Als besonders positiver Schritt ist die Einrichtung eines Lehrstuhls zu Islamischer Theologie an der Universität Münster zu nennen. Hier können unter anderem angehende Lehrkräfte für die islamische Religionskunde ausgebildet werden. Allerdings gibt es außer Pilotprojekten an einigen wenigen Schulen in Nordrhein-Westfalen noch keine landesweit gültige Regelung. Nach wie vor erhalten die meisten muslimischen Schüler nur im Rahmen des Muttersprachlichen Unterrichts religiöse Unterweisung. Eine unbefriedigende Situation, die schnellstens überwunden werden sollte. Dabei darf nicht immer wieder auf die fehlende große islamische Dachorganisation hingewiesen werden. Das klingt allzuoft nach Ausrede.

Schließlich garantiert das Grundgesetz nicht allein eine Mitsprache in Bezug auf die Inhalte des Religionsunterrichts. Artikel 3 des Grundgesetzes verlangt, dass es keine Benachteiligung wegen der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft geben darf. Dies bietet durchaus den gewünschten Ansatzpunkt, dem eigenen Ziel ein Stück näher zu kommen.

# Interview mit Frau Boos-Nünning

❖ Frau Boos-Nünning, vor knapp zehn Jahren haben Sie auf einer LAGA-Veranstaltung *Chancen für Migranten und zugleich die Einübung gemeinsamer Umgangsformen* gefordert. Wie weit ist Deutschland in den vergangenen Jahren dabei gekommen?



Ständige Begleiterin der LAGA:  
Prof. Ursula Boos-Nünning.  
Hier bei der ersten  
LAGA-Bildungskonferenz

❖ Ich möchte bei der Politik anfangen: Es hat im Jahr 2000 – viel später als etwa in der Wissenschaft – eine realistische Wende gegeben. Es dringt in das politische und allgemeine Bewusstsein, dass sich in Deutschland eine multi-ethnische Gesellschaft gebildet hat. Laut Mikrozensus hat etwa ein Viertel der gesamten Bevölkerung in der Bundesrepublik einen Migrationshintergrund. Aber die Hoffnung der Wissenschaft, dass sich damit auch eine realistische Politik ergibt, erfüllt sich im Moment nicht. Es gibt einerseits immer noch den Versuch, die unerwünschten Einwanderungen möglichst gering zu halten, etwa durch Beschränkung transnationaler Ehen, die häufig mit Zwangsheirat gleichgesetzt werden. Zum anderen übt man sich darin, den Druck auf die Assimilation zu verstärken. Beides sind nicht die Formen des Miteinander, die ich mir vor zehn Jahren vorgestellt habe.

❖ Wie müsste das Miteinander Ihrer Ansicht nach gestaltet werden?

❖ Ich stellte mir damals wie heute vor, dass in Politik und in der deutschen Bevölkerung akzeptiert würde, dass wir eine multi-ethnische

Gesellschaft sind, die sich auch in ihren kulturellen Formen unterscheiden. Diese verschiedenen kulturellen Formen müssten zumindest akzeptiert und toleriert werden. Ich persönlich wünsche mir, dass sie auch als Bereicherung angenommen würden. Davon sind wir aber noch weit entfernt.

❖ *In der öffentlichen Debatte wird aber immer wieder die Bereicherung betont.*

❖ Aber nicht ernsthaft. Im Grunde wird versucht, die Einwanderinnen und Einwanderer auf etwas einzuschwören, was als – wie auch immer verstandene – deutsche Kultur definiert wird. Das lässt sich verfolgen: Da sind die Einbürgerungstests in Hessen oder die Gewissensfragen in Baden-Württemberg. Die Politik erwartet ständig von den Muslimen, dass diese ihre Ablehnung des Terrorismus beteuern. Warum eigentlich? Für die allermeisten Muslime in Deutschland ist es doch selbstverständlich, dass sie gegen Terrorismus sind.

❖ *Warum tut sich die deutsche Gesellschaft und Politik so schwer mit dem Thema Einwanderung und Integration?*

❖ Ich kann das nur mit den klassischen Einwanderungsländern vergleichen. Niemand in den USA oder Australien würde die Gleichheit der Kulturen fordern. Dort verlangt man von den Einwanderern, dass sie selbst für ihren Unterhalt aufkommen. Sie sollen die englische Sprache so beherrschen, dass sie im Alltagsleben zurecht kommen. Schließlich erwartet man, dass die Einwanderer die Verfassung wertschätzen und einhalten.

Ich übertrage das jetzt auf Deutschland. Dann kann ich von den Einwanderern erwarten, dass sie sich im Rahmen der deutschen Verfassung und Gesetze bewegen, ihre wirtschaftliche Basis selber erarbeiten können und deutsch sprechen.



...❖ *Aber das ist doch zu einem großen Teil gegeben?*

...❖ Ja. Die öffentliche Diskussion verkennt völlig, dass die Migrantinnen und Migranten deutsch lernen wollen. Sie wissen, dass ihre Kinder die deutsche Sprache brauchen, um im Bildungssystem erfolgreich sein zu können. Wenn sie die Nachfrage nach Sprachkursen betrachten, die ja in vielen Teilen der Republik erstmalig seit in Kraft treten des neuen Zuwanderungsgesetzes angeboten werden, erkennen sie sofort, dass Migranten deutsch lernen wollen.

...❖ *Und was darf man nicht erwarten von den Einwandern?*

...❖ Das ist das Wichtigere. Ich kann nicht erwarten, dass Migranten sich kulturell anpassen. Ihr Glaube, ihre Religion, ihre Bindung an die eigene ethnische Gruppe muss so lange ihre Privatsache bleiben, wie sie sich an die in Deutschland geltenden Gesetze halten. Oder anders ausgedrückt: Alles was nicht rechtlich standardisiert ist, darf den Staat eigentlich nicht interessieren.

...❖ *Aber insbesondere in Stadtteilen mit hohen sozialen Problemen interessiert genau das. Muss Politik sich daher nicht gerade mit diesen Themen befassen?*

...❖ Das müsste man einmal tiefer analysieren. In vielen Stadtteilen im Land gibt es ja Streit um den Bau von Moscheen. Daran entzündeten sich die Auseinandersetzungen ja. Die Moscheen gibt es ja schon lange. Doch jetzt werden sie in einer Größe, einer Repräsentation und in einer Deutlichkeit gebaut, dass man nicht mehr daran vorbeigehen kann. Jetzt gibt es die Widerstände.

Die Gründe dafür liegen tiefer: Die Moscheen werden in einer Zeit gebaut, in der viele Kirchen entweder abgerissen oder umgewidmet

werden. Das bedeutet: Mit den Muslimen sind Gruppen gekommen, für die Religion noch ein ganzes Stück existentieller ist als für viele ihrer deutschen Nachbarn. Aber diese Gläubigen kommen nicht eigentlich in eine christliche Gesellschaft. Sie kommen in eine Gesellschaft, in der zwar das Staatskirchentum stark ausgeprägt ist, aber der christliche Glaube seit Jahrzehnten an Bedeutung verliert.

Allerdings muss man natürlich auch bei den Muslimen unterscheiden. Aus Studien wissen wir, dass z.B. muslimische Mädchen nur etwa zur Hälfte religiös sind.

Insgesamt sind aber Migranten religiöser als Deutsche. Das gilt für Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, aber auch für Italiener oder Spanier.

❖ *Verbirgt sich hinter den Konflikten um Moscheen also Unsicherheit über die eigene Identität?*

❖ Nicht ganz. Aber an den Moscheen wird manchen Menschen der Verlust eigener Religiosität deutlich. Außerdem fragen sie sich, was an die Stelle der Religion tritt. Auf keinen Fall darf man die Auseinandersetzungen nur als Animositäten gegen Muslime sehen. Man muss das in die besondere soziologische Situation einordnen.

Hinzu kommt natürlich, dass man der deutschen Bevölkerung über fünfzig Jahre eingeredet hat, dass die Einwanderung steuerbar sei. Entweder würden nicht integrierbare Migranten irgendwann gehen, oder sie würden sich assimilieren. Aber genau diese falsche Vorstellung hat natürlich die Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Einwanderung geprägt.

❖ *Warum wenden sich denn heute mehr Jugendliche dem muslimischen Glauben zu?*

...❖ Das verwundert die Deutschen tatsächlich, dass es den muslimischen Familien heute stärker gelingt, ihre Kinder im Islam zu sozialisieren. Eigentlich hatte man erwartet, dass gerade die Jüngeren die Säkularisierung nachvollziehen. Das hat sicher mit der Art und Weise zu tun, wie Muslime in dieser Gesellschaft behandelt und angenommen werden. Ich habe dazu keine empirischen Belege, aber ich bezweifle nicht, dass es so ist. Weder die deutsche Politik noch die deutsche Gesellschaft haben sich bisher ernsthaft mit den Menschen muslimischer Religion auseinandergesetzt.

...❖ *Wäre dann die Einführung eines geregelten islamischen Religionsunterrichts, wie die amtierende Landesregierung ihn propagiert, ein richtiger Schritt?*

...❖ Die Frage müsste doch vielmehr sein, warum wir in Deutschland seit dreißig Jahren darüber diskutieren und diesen Unterricht mit den seltsamsten Argumenten nicht einführen. Wenn wir nun schon ein System staatlichen Religionsunterrichts haben, dann ist es für mich selbstverständlich, dass es auch einen islamischen Unterricht geben muss. Mit allen Konsequenzen bis hin zur Einrichtung ausreichender Lehrstühle zur Ausbildung islamischer Religionslehrer an öffentlichen Hochschulen.

Für mich geht die Frage aber noch weiter. Man müsste auch islamische Wohlfahrtsverbände zulassen, die wie christlich geprägte nach dem KJHG arbeiten und finanziert werden. Wir müssten also den Muslimen im geltenden System alle Möglichkeiten geben, die die christlichen Kirchen und deren Organisationen auch haben.

...❖ *Damit wären wir bei der Frage gleicher Entwicklungschancen angelangt. Angesichts der bekannten demographischen Entwicklungslinien, muss doch jetzt rasch gehandelt werden, um insbesondere den*

*jungen Menschen, die in einigen Jahren auf den Arbeitsmarkt streben, Perspektiven zu geben. Zumal ja auch prognostiziert wird, dass es in einigen Jahren einen Fachkräftemangel geben soll.*

...❖ Theoretisch könnte man diesen Anteil von etwa 30-40 Prozent der Jugendlichen auch abschreiben. Man könnte es sich ganz einfach machen und die notwendigen Arbeitskräfte aus anderen Ländern holen. Zumal wir unabhängig von der Qualifizierung dieser jungen Menschen in einigen Jahrzehnten auf Zuwanderung angewiesen sein werden. Das neue Zuwanderungsgesetz versucht ja ansatzweise eine Antwort darauf zu geben. Deutschland wird dann die Zuwanderer nach ihrer Qualifikation aussuchen – wie es heute schon die USA tun.

...❖ *Das ist ein sehr pessimistisches Szenario. Eine solche gesellschaftliche Entwicklung wird sich eine Gesellschaft nicht leisten können.*

...❖ Ja. Man wird sich in Deutschland fragen müssen, wie lange es sich eine Gesellschaft leisten kann, einer beschreibbaren Gruppe keine Chancen zu geben. Nehmen Sie z.B. den Ausbildungsmarkt: Der ist für deutsche wie Migranten



*Lehrer müssen sich auf heterogene Klassen einstellen*

schlecht. Allerdings ist die Situation für Jugendliche mit Migrationshintergrund noch schlechter als ohnehin schon. Schlimmer wird es dann, wenn es auch diejenigen trifft, die gute Bildungsvoraussetzungen mitbringen. Wenn also deutlich wird, dass nicht fehlende Qualifikation junge Leute von einer Ausbildungsstelle ausschließt, sondern bestimmte Formen von Diskriminierung. Das gefährdet auf Dauer den inneren Frieden, weil sich hier schlechte Chancen kumulieren: Es gibt eine Benachteiligung im Bildungsbereich mit dem Effekt überproportional hoher Anteile an schwachen oder fehlenden Schulabschlüssen. Danach fehlen den Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Übergänge in den Arbeitsmarkt – selbst einer Vielzahl derer, die gute Abschlüsse mitbringen. Und wenn sie dann noch in benachteiligten Stadtvierteln leben, erfahren sie weitere Diskriminierung.

...❖ *Bedeutet diese Erkenntnis, dass es für die jungen Menschen mit Migrationshintergrund eigentlich irrelevant ist, ob und welche Bildungsreformen in Angriff genommen werden?*

...❖ Man muss dabei auf die einzelnen Gruppen schauen. Für die bildungsfernen Schüler mit schwachen Leistungen sind die Bildungsreformen eminent wichtig. Aber diese Reformen bedeuten nicht sofort gleiche Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Dazu bedarf es auch einer Änderung des gesellschaftlichen Bewusstseins.

...❖ *Was brauchen die Schülerinnen und Schüler mit schlechten Bildungsvoraussetzungen für eine Schule und was benötigen sie für einen besseren Übergang in den Beruf?*

...❖ Nun, seit PISA wissen wir, dass es kein Naturgesetz ist, dass Schüler mit Migrationshintergrund schlecht abschneiden müssen. Es gibt Länder mit gleichen Migrantenschichten, wo sich dieser Hintergrund aber

bei weitem nicht so negativ auswirkt. Umgekehrt heißt das: Das deutsche Bildungssystem ist weniger als die meisten anderen in der Welt in der Lage, die Benachteiligungen, die sich aus dem Migrationshintergrund ergeben, zu kompensieren. Viele Fachleute fordern daher – wie ich auch – eine ganz andere vorschulische Bildung. Das gilt auch für die Altersgruppe unter drei Jahren.

...❖ *Der Kindergartenbesuch ist aber auch bei Migrantenkindern mit ca. 96 Prozent sehr hoch.*

...❖ Das stimmt. Aber wenn Sie einmal darauf schauen, wie lange die Kinder eine Einrichtung besuchen, wer einen Ganztagsplatz hat oder nicht, dann lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen Migranten und deutschen Kindern feststellen. Außerdem reicht der herkömmliche Kindergarten nicht mehr. Eine Reform des Elementarbereichs ist dringend erforderlich. Nach meiner Vorstellung müssen Konzepte zur Förderung der Mehrsprachigkeit endlich Anwendung finden. Zumindest aber muss es systematisches Sprachenlernen geben – möglichst unter Einbeziehung der Herkunftssprachen der Kinder.

...❖ *Welcher Reformen bedarf es dann im Schulsystem?*

...❖ Als erstes müsste ein verbindliches und echtes Ganztagschulsystem aufgebaut werden. Anders als in der offenen Ganztagschule sollte es für alle Schülerinnen und Schüler gelten mit einem Unterrichtskonzept bis in den frühen Nachmittag mit einer anschließenden Aufgabenzeit sowie Freizeitangeboten mit Sport und anderen Möglichkeiten, die sich in ein klares pädagogisches Konzept einfügen.

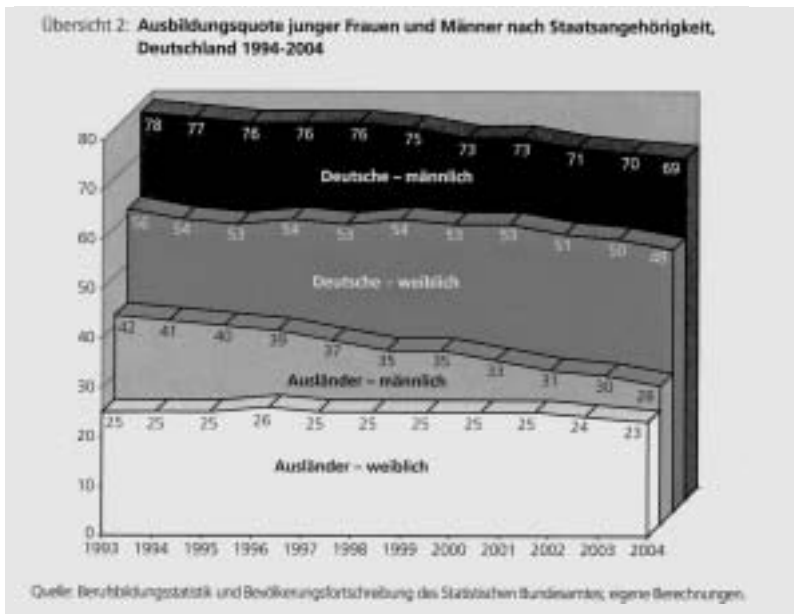
Der schwierigste Schritt wird die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems sein. Es kann doch niemand mehr glauben, dass es verantwortlich sei, ein Kind auf eine Hauptschule zu schicken.

••• Das sagen selbst Hauptschullehrer.

••• Das sagen alle. Also kann man doch nur über eine wirklich tiefgreifende Reform nachdenken. Manches wird sich aufgrund sinkender Schülerzahlen von selber ergeben. In einigen Jahren wird es Schulzusammenlegungen geben, weil einfach nicht mehr genügend Schüler für alle Schulen da sind.

••• Das hieße aber, dass der Umwandlungsprozess in den Großstädten am längsten dauert. Verpasst man nicht die Chance auf wichtige Zwischenschritte wie längere Grundschulzeiten, wenn man allein auf die Wirkung des demographischen Wandels wartet?

••• Ich setze die drei von mir genannten Punkte gleich: Ein anderes Konzept für den Elementarbereich, verbindliche Ganztagschule im



jetzigen System sowie die Aufhebung des gegliederten Schulwesens. Ich unterscheide nur zwischen den Realisierungschancen. Im Kindergarten ist es doch eine reine Geldfrage. Die Erzieherinnen und wenigen Erzieher müssten anders und an Fachhochschulen ausgebildet und entsprechend höher bezahlt werden. Außerdem müsste der Kindergarten verpflichtend und damit gebührenfrei sein. Schwieriger ist der Umgang mit dem Schulsystem.

❖ Was müsste sich denn über die sicher notwendigen Strukturreformen hinaus im Bildungswesen qualitativ ändern?

❖ Die Strukturen sind meiner Ansicht nach sehr wichtig für die Qualität und beeinflussen das Schulkonzept. Aber lassen Sie mich an dieser Stelle nur die besonderen Bedürfnisse der Schüler mit Migrationshintergrund betrachten. Der wichtigste Punkt ist das Lehrpersonal. Es ist verheerend, dass nicht wenige Lehrerinnen und Lehrer mit dem gleichen Bild, wie es in der Gesellschaft insgesamt vorherrscht, an die Kinder mit Migrationshintergrund herangehen – insbesondere natürlich an die mit muslimischem Hintergrund.

Sie können das den Menschen nicht zum Vorwurf machen. Man muss aber als Konsequenz den Umgang mit Schülern anderer als deutscher Herkunft als festen Bestandteil in die Lehrerausbildung aufnehmen. Darüber wird schon seit über 30 Jahren diskutiert. Aber wir sind nicht weiter als in den 70er Jahren – eher hat es wieder Rückschritte gegeben.

❖ Können Sie das genauer erläutern?

❖ Ja. Heute können Lehrer noch ihre komplette Ausbildung absolvieren ohne sich auch nur einmal mit Migrationsfragen beschäftigt zu haben. Nach dem Examen kommen diese jungen Lehrer und Lehrerinnen



nen aber in Klassen, in denen im Schnitt zwischen 30 und 50 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund haben. Sie gehen völlig unvorbereitet in eine solche Situation. Dann verstehen zu wenige Lehrpersonen wirklich etwas von pädagogischer Diagnostik. Diese Tatsache kann sich auf alle Schülerinnen und Schüler negativ auswirken. Es reicht eben nicht, sich mit Intelligenztests zu befassen. Es muss eine interkulturell differenzierende pädagogische Diagnostik geben.

❖ *Wo werden solche Inhalte angeboten?*

❖ Zur Zeit selbst an der Universität Duisburg-Essen nicht. Biete ich dann ein solches Seminar an, kommen zwischen 120 und 150 Studierende. Es ist klar, dass diese dann am Ende einmal von einer solchen Diagnostik gehört haben, aber mehr auch nicht.

Zwar gibt es an zahlreichen Hochschulen Professoren, die auch Migrationsfragen für Lehramtskandidaten unterrichten, aber es hat kein wirkliches Gewicht in der Lehrerausbildung. Es fehlt die Reflexion.

❖ *Wie steht es um den Umgang mit der natürlichen Mehrsprachigkeit der Kinder mit Migrationshintergrund?*

❖ Es gibt einen parteienübergreifenden Konsens, der fordert, dass die Kinder deutsch können sollen. Das wollen die Eltern auch. Fast alle Eltern wollen aber auch, dass die Herkunftssprache erhalten bleibt. Die Eltern haben also ein zweisprachiges Konzept für die Erziehung ihrer Kinder. Hieraus sollten Schulen und Eltern in kleineren Gruppen versuchen, Konzepte für das zweisprachige Aufwachsen der Kinder zu erarbeiten. Denn selbst die Eltern, die über gute Deutschkenntnisse verfügen, wissen häufig nicht, wie sie dieses zweisprachige Konzept verwirklichen können. Ergänzend dazu sollten Fernsehprogramme zur Unterstützung der Zweisprachigkeit entwickelt und gesendet werden.

Das Potenzial des Fernsehens ist in diesem Feld noch überhaupt nicht ausgeschöpft und die Kinder schauen doch eh fern.

☛ *Das ist ein sehr pragmatischer Ansatz.*

☛ Ja sicher. Man kann die Eltern doch mit ihren Wünschen nach zweisprachiger Erziehung nicht allein lassen. Appelle, mit den Kindern deutsch zu sprechen, nützen nichts, wenn die Eltern selber nicht gut deutsch können. Die Eltern brauchen eine ganz andere stadtteilorientierte Beratung. Es müssen gangbare Wege aufgezeigt und alle Möglichkeiten genutzt werden. Die Familien wollen, dass die Kinder deutsch lernen.

☛ *Elternarbeit ist ein gutes Stichwort. Die LAGA fordert seit langem systematische Elternarbeit zur Förderung der Schulerfolge der Kinder. Können Sie Kriterien für eine solche Arbeit benennen?*

☛ Die Zusammenarbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund gehört natürlich dazu. Leider klappt sie zu selten. Die Verantwortung liegt meiner Meinung nach klar beim deutschen Schulsystem. Die Eltern müssen angesprochen werden, dann kommen sie zu Elternabenden. Die Fehler liegen häufig in der Organisation und der Art wie die Eltern auf Angebote für sie angesprochen werden. Dazu muss man wissen, dass die Familien Sorge haben, dass sich ihre Kinder zu sehr von ihnen entfernen. Nicht durch gute Bildung, sondern durch Übernahme bestimmter Gewohnheiten. Wenn Schule also Vertrauen gewinnen will, kann sie das nur, wenn sie die Einbindung ihrer Schüler in die Familie sieht und versteht. Das müssen alle lernen, die Umgang mit Migrantinnen und Migranten haben.

# 5

## Integrationspolitik ist (auch) Frauensache

### Frauen in den Migrantvertretungen

„Bildest du einen Mann aus, hast du eine Person ausgebildet. Bildest du eine Frau aus, hast du eine Familie, ja eine ganze Gesellschaft ausgebildet.“ Das türkische Sprichwort steht im Gegensatz zur aktuellen Debatte um die Rolle von Migrantinnen in Deutschland. Insbesondere das Bild über muslimische Frauen ist in Deutschland von der Vorstellung geprägt, diese würden in ihrer überwiegenden Mehrheit von ihren Männern oder erwachsenen Söhnen unterdrückt und hätten in ihren Familien eine allein dienende Funktion.

Tatsächlich ist ein differenzierter Blick auf die Situation der Migrantinnen notwendig. Denn wie das zitierte Sprichwort richtig zum Ausdruck bringt, hängt an der Integration der Frauen und Mütter auch die Integration ihrer Kinder und Familien. Doch gerade Migrantinnen sind häufiger als andere Migrantengruppen von Diskriminierung betroffen. Zugespitzt zeigt sich das in der Debatte um kopftuchtragende Lehrerinnen. Das Verbot trifft genau die Frauen, die durch Bildung und eine beachtliche persönliche Leistung Vorbild für andere sein könnten. Sie werden stigmatisiert und auf ein religiöses Symbol reduziert. Außer Acht bleiben dabei die Aspekte der Emanzipation und Unabhängigkeit durch die eigene Berufstätigkeit. Gerade diese Fragen werden aber immer wieder aufgeworfen, wenn es um Muslima in der deutschen Gesellschaft geht.

Wegen der offensichtlichen Diskrepanz in der Argumentation hat die LAGA NRW ein generelles Kopftuchverbot abgelehnt. Richtschnur für die Aufnahme in den Schuldienst darf nach Auffassung der LAGA allein die persönliche Qualifikation und – selbstverständlich – die Grundgesetزتreue sein: „Die bestehenden Instrumente reichen aus um

zu verhindern, dass Lehrerinnen an die Schulen kommen, die ihrem Bildungsauftrag nicht nachkommen oder die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler weltanschaulich manipulieren. Ein generelles Arbeitsverbot für Lehrerinnen mit Kopftuch benachteiligt einseitig Frauen und trifft gerade diejenigen, die sich durch eine qualifizierte Ausbildung um Integration bemüht und einen eigenständigen Platz in unserer Gesellschaft gefunden haben.“ kritisierte Tayfun Keltok 2005 den mittlerweile vom Landtag verabschiedeten Gesetzentwurf der CDU/FDP-Regierung. Die LAGA ist übrigens nicht allein mit ihrer Kritik: Auch die katholische Kirche hat öffentlich ihre Ablehnung des Kopftuchverbots für Lehrerinnen zum Ausdruck gebracht und dabei auf die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit verwiesen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die hitzig geführte Debatte, zugleich den Blick auf die wirklich drängenden Fragen geradezu „verschleiert“ hat. So stellte der Migrationsbericht NRW schon 2000 fest, dass die Arbeitslosenquote unter ausländischen Frauen bei 23 Prozent lag, während die Quote deutscher Frauen „nur“ 11 Prozent betrug.



*Gewinnerinnen: Frauen der Bielefelder Frauenliste freuen sich über den Einzug in den Migrationsrat*

Die kommunalen Migrantenvertretungen wie auch die LAGA NRW haben frauenspezifische Fragen in der Migrationspolitik immer wieder thematisiert. LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltek, der als Sportlehrer an einer Kölner Realschule arbeitet, nahm sich der Sportpolitik an. Neben der integrierenden Funktion von sportlicher Aktivität in einem Verein, thematisierte er insbesondere die Notwendigkeit eigener Sportangebote für muslimische Frauen. Um die Frauen dort abzuholen, wo sie stehen, seien etwa eigene Badezeiten in den öffentlichen Schwimmbädern nötig. Dies sei kein Luxus, sondern eine gebotene Maßnahme zur Akzeptanz dieser Frauen, aber auch zur gesundheitlichen Prävention, so Keltek 1999 beim Sportbund.

## **Einsatz für Fraueninteressen**

Obwohl immer noch deutlich von männlichen Mitgliedern dominiert, haben zahlreiche Ausländerbeiräte und Integrationsräte schon seit langem Arbeitsgruppen zur Frauenpolitik eingesetzt. Auch das Bemühen um weibliche Mitglieder in den Migrantenvvertretungen war von Beginn an groß. Gleich in der ersten Ausgabe des Info-Dienstes Migration erschien ein Bericht über den Ausländerbeirat Viersen. Dort hatte man schon zur Wahl 1995, bei der eine Einheitsliste antrat, auf eine paritätische Zusammensetzung geachtet. Abwechselnd standen Männer und Frauen auf der Liste zur ersten Wahl zum Ausländerbeirat nach den Regeln des § 27 der GO.

In Bonn stieß der damalige Ausländerbeirat eine Diskussion um die Einrichtung eines „Internationalen Frauenzentrums“ an. Ein Treffpunkt für Migrantinnen sollte spezifische Angebote für Frauen schaffen, die sonst kaum Gelegenheit haben, ihre Migrationserfahrung und ihre Bedürfnisse zu reflektieren und zu formulieren.

Durch das Engagement des Mülheimer Ausländerbeirats gelang Ende der 90er Jahre, als der kommunale Sparzwang schon groß war,

die „Wiederbesetzung einer bereits zur Streichung vorgesehenen Stelle innerhalb der Verwaltung“. Die Stelle diente der Schaffung und Koordinierung von Betreuungsangeboten für türkische Mädchen und Frauen. Mit merklichem Stolz berichtete der Vorsitzende Enver Sen, der zugleich LAGA-Kassierer war und ist, über den Erfolg „seiner“ Migrantenvertretung.

## **Männliche Dominanz gebrochen**

Trotz der Erfolge ist die Beteiligung von Migrantinnen in den kommunalen Migrantenvertretungen nach wie vor zu gering. Dennoch hat es im Verlauf der vergangenen zehn Jahre eine spürbare Steigerung gegeben. 1995 waren gerade einmal 15 Prozent Frauen in die Ausländerbeiräte gewählt worden. Bei den Wahlen 1999 gelang immerhin eine Steigerung auf 19 Prozent. 2004 kamen die Frauen auf ein knappes Viertel aller Sitze in den kommunalen Migrantenvertretungen. Die Bereitschaft von Migrantinnen, sich politisch zu engagieren, ist nach wie vor geringer als das der Männer. Aber es steigt. Bei den Wahlen 2004 haben außerdem die neu geschaffenen Integrationsräte in vielen Städten deutlich mehr Frauen zu einer Kandidatur motiviert. Die Verbesserung der politischen Entscheidungsmöglichkeiten für die kommunale Migrantenvertretung wurde von vielen Frauen als ausschlaggebend genannt. So gab es in Bielefeld eine landesweite Premiere: Zur Wahl des Migrationsrates in der ostwestfälischen Stadt trat erstmals eine reine Frauenliste an. Sie war erfolgreich und zog mit .... in den Integrationsrat ein. Auch für Antonella Giurano war es der richtige Zeitpunkt für eine Kandidatur. Die Italienerin aus Köln ist schon lange Zeit politisch aktiv, u.a. beim „Bunten Frauennetzwerk Köln“. Aber erst mit der Schaffung des Integrationsrates mit deutlich erweiterten Entscheidungskompetenzen sah sie einen Sinn zu einer Kandidatur. Antonella Giurano: „Ich möchte nicht nur über Politik reden. Ich will Politik ma-

chen!“ Sie eroberte für die von ihr angeführte Liste „Sozial“ einen Sitz im Integrationsrat und vertritt den Integrationsrat im Schulausschuss des Rates der Stadt Köln.

In Gladbeck zogen mit der Wahl im November 2004 erstmals Frauen in den AB/IR.

## **Pionierarbeit von Frauen**

Was hinter den immer noch enttäuschend geringen Zahlen verborgen bleibt, ist der Erfolg einzelner Frauen. Trotz deutlicher Unterrepräsentierung haben einige aber Pionierarbeit für die kommunalen Migrantenvertretungen geleistet:

Fulya Önal zum Beispiel gehörte nach der Gründung der LAGA NRW dem Vorstand an und war zugleich zwischen 1995 und 1999 Vorsitzende des Ausländerbeirates Unna. Die damalige Studentin der Politikwissenschaft hat in dieser Zeit in der Ruhrgebietsstadt einiges bewegen können. Sie sei immer realistisch geblieben und habe nie geglaubt, dass man über die kommunalen Migrantenvertretung



grundlegende politische Ziele verwirklichen könne. Aber es sei möglich gewesen, der Integrationspolitik der Kommune einige Impulse zu geben.

Nicht zuletzt habe die Arbeit des Unnaer Beirats zur größeren Akzeptanz der Migrantinnen und Migranten beigetragen. Geduld und ein Stück Zähigkeit gehörten wohl dazu – denn in der ersten Periode nach der Insitutionalisierung habe „ihr“ Beirat zunächst um eine vernünftige Ausstattung kämpfen müssen: „Der Erfolg war die Einrich-

tung eines eigenen Büros für den Beirat. Für die Mitglieder des Beirates war das so wichtig, dass wir es ganz offiziell eröffnet haben. Inzwischen sind wir soweit, dass immer mehr Menschen in die Sprechstunden kommen und uns zu allen Aspekten der Migration befragen.“

Auch Alice Poeira aus dem niederrheinischen Kempen gehört zu diesen Frauen. Aufgrund der relativ geringen Anzahl an Migrantinnen und Migranten in Kempen, war die Einrichtung des Ausländerbeirates 1995 eine rein freiwillige Angelegenheit der Kommune. Als es 1999 um die Frage der Weiterführung des Gremiums ging, konnte Alice Poeira zufrieden feststellen: „Der größte Erfolg für unseren Beirat ist, dass alle Ratsparteien ein Weiterbestehen befürworten. Das ist eine Anerkennung unserer Arbeit.“ Dennoch stellte auch Poeira nüchtern fest, dass es für die Politik keineswegs selbstverständlich sei, die Migrantinnenvertretung in die politischen Informationsflüsse und Entscheidungsprozesse mit einzubinden. Da sei Eigeninitiative gefordert. Poeira kandidierte 1999 sowohl für den Ausländerbeirat wie auch den Stadtrat von Kempen. Der Einzug in den Rat gelang zwar nicht, aber sie wurde zwischen 1999 und 2004 Vorsitzende des Ausländerbeirates. Durch die Kandidatur zum Stadtrat hatte sie auch ihre politischen Kontakte verbessert und konnte fortan in der Ratsfraktion der Grünen die Kommunalpolitik näher verfolgen. Im Frühjahr 2000 wurde sie für vier Jahre zur Stellvertreterin von Tayfun Keltok bei der LAGA NRW gewählt.

Stellvertretend für weitere Frauen sei auch Gülistan Yüksel genannt. Die immer noch amtierende Vorsitzende des Integrationsrates Mönchengladbach hatte schon in der Periode davor einiges in Bewegung gesetzt. 1999 erstmals zur Vorsitzenden des damaligen Ausländerbeirates gewählt, engagierte sich Gülistan Yüksel besonders in der Bildungspolitik. Elternarbeit als zentraler Bestandteil einer interkulturellen Öffnung des Schulwesens lag ihr besonders am Herzen. Gemeinsam mit Verwaltung und Politik gelang ihr die Etablierung von





*Ehrung für Gülistan Yüksel und Jean Makedonopoulos*

Sprachkursen für ausländische Mütter, die Einführung regelmäßiger Elterninformationsabende etc. 2002 rückte sie für die SPD in den Mönchengladbacher Stadtrat nach. Zwei Jahre später gelang ihr bei der Kommunalwahl der sofortige Einzug in das Kommunalparlament. Auch für den Vorstand der LAGA NRW ist sie seit 2000 tätig. Für das vielfältige Engagement wurde die selbständige Unternehmerin im Herbst 2004 vom damaligen Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt geehrt.

# Brücken bauen für mehr Gleichberechtigung

**Interview mit Gülistan Yüksel, Vorsitzende Integrationsrat Mönchengladbach und LAGA-Vorstand**



☞ Was hat Sie bewogen, sich politisch zu engagieren?

☞ Der Kontakt mit Menschen, die nicht unbedingt ein problemfreies Leben führen, Ungerechtigkeit und Ungleichheit, Rassismus, politisches Fehlverhalten bewegten mich zu politischem Engagement, um dem etwas entgegenzusetzen zu können. Als sich mir die Möglichkeit bot, entscheidend am politischen und sozialen Geschehen mitzuwirken, entschied ich mich selbstverständlich dazu, der sich mit meinen Interessen am besten deckenden Partei beizutreten.

☞ Hatten Sie besondere Probleme bei Ihrer Arbeit, die Sie auf Ihr Geschlecht zurückführen würden?

☞ Glücklicherweise bin ich bisher mit so einer Situation nicht direkt konfrontiert worden. Doch es laufen einem immer Menschen über den Weg, die anderen Menschen bei ihren Tätigkeiten Probleme bereiten, weil man eine Frau, ausländisch, farbig oder auf sonstige Art anders sein mag. Das ist natürlich traurig, aber ich kann insbesondere Frauen nur auffordern, sich von solchen Menschen nicht entmutigen und von ihren Zielen abbringen zu lassen.

... Was halten Sie für die größten Erfolge Ihres Einsatzes in Ausländerbeirat und Integrationsrat?

... Die Brücke zwischen den verschiedenen Behörden und Institutionen herzustellen. Es gibt uns einen großen Vertrauensvorschuss, um eine Menge Dinge auch ohne große Schwierigkeiten zu erledigen. In Mönchengladbach wird unsere Arbeit immer öfter anerkannt. Politik und Verwaltung verstehen, dass die Integrationsräte ein wichtiges Bindeglied zwischen den Migrantinnen und Migranten sowie der deutschen Gesellschaft sind.

... Sie sind zugleich Mitglied des Rates in Mönchengladbach. Worin liegen die Vorteile dieser hohen Belastung für Ihre politischen Ziele?

... Es ist in der Tat eine sehr hohe Belastung, was die Fülle des Terminplanes angeht. Die Vorteile jedoch liegen darin, dass man entscheidend an den richtigen Stellen mitwirken kann. Darüber hinaus hat man so viel mehr Möglichkeiten, wichtige Kontakte zu knüpfen, die zu Brücken in der Integrationspolitik werden können. Man wird selber eine Verknüpfungsstelle zwischen ausländischen Menschen und aktiver Politik, so dass man viele Erfahrungen aus beiden Bereichen der Allgemeinheit zu Nutze machen kann.

... Frauen in den kommunalen Migrantenvertretungen sind trotz steigender Tendenz immer noch stark unterrepräsentiert. Worin liegen Ihrer Auffassung nach die Gründe dafür?

... Es wird vermutlich mehrere Gründe geben, warum der Frauenanteil in der Migrationspolitik so gering ausfällt. Der größte Teil wird wohl an Zeitmangel wegen einer Familie ausfallen, da sie vielleicht größtenteils nach der klassischeren Frauenrolle leben. Es mag dazu

auch daran liegen, dass die Sprachkenntnisse vieler Hausfrauen nicht so ausgereift sein mögen wie die ihrer arbeitenden Männer. Es kann auch schlicht daran liegen, dass viele Frauen kein politisches Interesse zeigen.

❖ *Was kann die LAGA tun, um mehr Frauen für ein politisches Engagement in den kommunalen Migrantenvertretungen zu gewinnen?*

❖ In erster Linie sind die Kommunen gefragt. Die LAGA appelliert immer wieder an ihre Mitglieder und die Delegierten, Frauen bei den Wahlen verstärkt aufzustellen und zu unterstützen. Aber es ist eine sehr zeitintensive Aufgabe, die ohne Rückhalt der Familie und von Freunden nur sehr schwer zu bewältigen ist. Daher wird es wohl immer schwierig sein, Frauen zu politischem Engagement zu motivieren.

# 6 Fair Kräfte messen

## Integration durch Sport

„Wann immer es um Fragen der besseren Integration von Migrantinnen und Migranten geht, wird der Sport als geeignetes Mittel propagiert. Die gemeinsamen Erlebnisse durch die sportliche Betätigung insbesondere in den Vereinen, förderten die Begegnung und das Verständnis füreinander.“

Die Realität zeigt aber oftmals ein ganz anderes Bild vom Sport. Im Vereinssport sind Migrantinnen und Migranten kaum vertreten, weil sie nur selten in Funktionen tätig sind. Darüber hinaus haben sie spezifische Bedürfnisse, die nur selten berücksichtigt werden. Eine wachsende Zahl von Migranten-sportvereinen dokumentiert das.“

So berichtete der Info-Dienst Migration im Sommer 1999. Der Leiter des Zentrums für Türkeistudien (ZfT) bestätigte diese Aussagen. So konstatierte Faruk Sen: „Von den zu beobachtenden Schwierigkeiten und Missverständnissen im Zusammenleben kann sich auch der Sport nicht freisprechen. Eine Folge dieser Schwierigkeiten ist die Gründung ausländischer Sportvereine, die in zahlrei-



chen Ruhrgebietsstädten entstanden sind. Nach einer Untersuchung des ZfT gibt es derzeit unter den 1281 türkischen Selbstorganisationen in Nordrhein-Westfalen 216 Sportvereine. Das entspricht einem Anteil von 16,9 Prozent. Neben den Moscheevereinen sind die Sportvereine die zweitstärkste Gruppierung unter den türkischen Selbstorganisationen.“ Mit dieser Zustandsbeschreibung machte Sen außerdem deutlich, dass Sport aber für viele Migranten selbstverständlich zum Alltag gehört. Der Bedarf war und ist groß. Die Bereitschaft, notwendige organisatorische Aufgaben dafür zu übernehmen ebenfalls.

Im Gegensatz zum Breitensport tut sich der Spitzensport schon längere Zeit nicht so schwer im Umgang mit Sportlern mit Migrationshintergrund. Der marokkanisch-stämmige Spieler des FC Köln Adil Chihi etwa hat sich im Sommer 2006 entschieden, künftig nicht mehr für Marokko im Nationaltrikot zu spielen. Als in Deutschland Geborener, habe er seine Zukunft ebenfalls in diesem Land. Auch deutsche Fußballnationalspieler wie David Odonkor oder Gerald Asamoah mögen als leuchtende Vorbilder dienen. Mitte der 90er Jahre – zu einer Zeit als Migranten in Deutschland erst nach fünfzehn Jahren Aufenthalt Anspruch auf Einbürgerung hatten – wurde der aus Südafrika stammende Fußballer des SC Karlsruhe Sean Dundee quasi über Nacht eingebürgert, um Nationalspieler werden zu können. Dundee gehörte



somit zu den ersten Spitzensportlern, bei denen der Hintergrund nicht entscheidend war.

Angesichts der Widersprüche zwischen Breiten- und Spitzensport war Ende der 90er die Zeit reif, auch die Sportpolitik im Sinne der Integration von Migranten in die Gesellschaft zu verändern. Die LAGA NRW hat das Thema 1999 aufgegriffen und auf einer großen Tagung in Herne diskutiert. Zielsetzung war dabei, so Tayfun Keltok bei der Eröffnung: „Aller erste Priorität muss das Ziel haben, den Prozentsatz der Sport treibenden Migranten und insbesondere der Migrantinnen zu erhöhen, unabhängig davon, ob und gegebenenfalls in welchem Sportverein sie sich betätigen.“

Das zweite Ziel muss das gemeinsame Sporttreiben der Einheimischen und der Migranten sein. Ob das in einem sogenannten deutschen Sportverein oder in einem von den Migrant/inn/en gegründeten Sportverein stattfindet, ist sekundär.“

Als Mitveranstalter trat in Herne der Landessportbund NRW auf. Ein Vertreter des Präsidiums bekannte bei Eröffnung der Tagung, dass sich die Einstellung der Sportverbände zu Migrantinnen und Migranten im Sport verändern müsse. In seiner Rede nahm Hans-Peter Schmitz Bezug auf die zahlreichen Initiativen der Sportverbände seit den 60er Jahren. Man habe mit Turnieren für ausländische Arbeitnehmer und ähnlichen Veranstaltungen Integration durch Sport versucht, habe dabei aber meist auf einen „assimilatorischen“ Ansatz der Integration gesetzt. „Wir sind uns bewusst, dass wir unsere Ansichten zum Umgang mit den hier lebenden Migrantinnen und Migranten im Sport überdenken und der heutigen Lebenswirklichkeit anpassen müssen.“ beendete Schmitz sein Statement in Herne.

Und tatsächlich zeigte sich schon bald im Anschluss an die Tagung in Herne, dass in den Sportverbänden ein Umdenken einsetzte. Wenige Monate nach der Tagung veröffentlichte der LSB neue Leitlinien zum Umgang mit Migrantinnen und Migranten im Sport. Diese sind in

enger Kooperation zwischen dem Sportbund und der LAGA NRW entstanden und waren Ende der 90er Jahre einmalig in Deutschland. Auch in der Sportpolitik setzte Nordrhein-Westfalen also Standards für die Integration von Migranten und Migrantinnen auf Augenhöhe. Der Sportsoziologe Diethelm Blecking nennt diese Initiativen heute vorbildlich für andere, die im Bundesgebiet gefolgt sind.

Die Bemühungen der LAGA NRW und des Landessportbundes haben – wenn auch nur zögerlich – Wirkung gezeigt. Blecking, 1999 ebenfalls Teilnehmer der Tagung in Herne, konstatiert einen „Prozess des Umdenkens“. In den letzten Jahren habe sich insbesondere im Bereich des Fußballs einiges getan. Es seien verstärkt Moderatoren eingesetzt worden, um Konflikte



*Dr. Diethelm Blecking bei der LAGA-Sportkonferenz in Herne*

zu beheben und dauerhafte Lösungen zu finden. Außerdem bilde der Verband zunehmend Schiedsrichter mit Migrationshintergrund aus. „Statistisch lässt sich diese Tendenz noch nicht nachweisen.“ bekennt Blecking. Dazu fehlten noch belastbare Daten. Dennoch sei eine positive Tendenz zu beobachten. Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Initiative von DFB-Präsident Theo Zwanziger. Dieser droht Fußballvereinen – auch und gerade den Profi-Vereinen – mit schweren Konsequenzen, falls es in den Stadien zu rassistisch motivierten Äußerungen ihrer Fans kommen sollte. Schon vor Zwanzigers Initiative hat der Berliner Fußballbund einen Integrationsbeauftragten benannt. Dieser ist Ansprechpartner für alle Migranten im Berliner Fußball und hilft unter anderem bei Konfliktbewältigung.



# Sport und Zuwanderung

## **Dokumentation:**

In Folge der sportpolitischen Konferenz der LAGA NRW wurde u.a. eine Arbeitsgruppe gebildet, die ein Positionspapier erarbeiten sollte. Der Gruppe gehörten Vertreter der Landesregierung, des Landessportbundes der LAGA NRW, des Landesentrums für Zuwanderung u.a. an. Der Nordrhein-Westfälische LandesSportBund verabschiedete das gemeinsame Positionspapier im Dezember 2000 auf einer Sitzung seines Hauptausschusses.

## **Ziele und Forderungen – Die Rolle des organisierten Sports**

Die Sportorganisationen, Verbände und Vereine müssen, wie andere Institutionen auch, Abschied nehmen von der Vorstellung der Betreuung von Zuwanderern/innen und sich weiter als bisher für partnerschaftliche Strukturen öffnen. Die Förderung des Dialogs und der Beteiligungsmöglichkeiten, die Entwicklung gegenseitiger Akzeptanz und der Abbau sowie die Verhinderung von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit werden im Zentrum des künftigen Engagements stehen. Für die Gruppe der Flüchtlinge und Asylbewerber/innen und andere rechtlich und sozial unterrepräsentierte Gruppen sollte der organisierte Sport weiterhin Fürsorge tragen und entsprechende Maßnahmen anbieten.

## **Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten**

Der organisierte Sport ist gehalten, Strategien für die Bewältigung von Konflikten und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Zugewanderte zu entwickeln. Anti-Gewalt-Training, spezielle Schulung von Schiedsrichtern und Spruchkammermitgliedern und ähnliche Initiativen – wie sie bereits in einigen Verbänden praktiziert werden – beschreiben Etappen auf dem Weg zu diesem Ziel. Die Erhöhung des Anteils von Zugewan-

derten in sportpolitischen Ämtern und Funktionen ist im Rahmen dieser Strategie unabdingbar. Grundlage für diese Entwicklung muss eine stärkere Qualifizierung der Betroffenen als Schiedsrichter, Jugendleiter, Übungsleiter etc. sein. Die Stärkung der interkulturellen Kompetenz aller Beteiligten auf den Ebenen Bildung, Wissen, Information stellt eine wichtige flankierende Maßnahme dar, die der Sport mit seinen Mitteln und seiner Infrastruktur organisieren kann.

Die uneingeschränkte und selbstverständliche Einbindung der mehrheitlich von Zugewanderten gegründeten oder betriebenen Vereine in den organisierten Sport und die Verteilung von Ressourcen der Verbände und Kommunen muss auf jeden Fall gewährleistet werden. Der Instrumentalisierung des Sports für engere parteipolitische Interessen wird eine Absage erteilt.

### **Zielgruppen und Kooperationspartner**

Als wichtigste Zielgruppe in diesem Prozess der interkulturellen Öffnung des Sports sind Frauen und Jugendliche unter den Zugewanderten anzusprechen. Hier werden sowohl Programme entwickelt und weiter ausgebaut, die sensibel für kulturelle Unterschiede sind, als auch die Kooperation zwischen dem organisierten Sport und den Schulen verstärkt. Die Diskussion über Konzepte interkulturellen Lernens im und durch Sport ist im Bereich der Sportverbände weit fortgeschritten. Vom organisierten Sport können hier sogar wichtige Impulse im Bereich der Erziehung gesetzt werden. Generell ist die Vernetzung verschiedener gesellschaftlicher Akteure, die sich für die Integration von Zugewanderten und ihre unbeschränkte Beteiligung an der Bürgergesellschaft einsetzen, für einen Erfolg der Bemühungen des Sport unverzichtbar. Die Sportorganisationen sind aufgerufen, auf geeignete Kooperationspartner zuzugehen.

Der organisierte Sport kann in dieser auf lange Dauer angelegten Entwicklung durchaus eine führende Rolle einnehmen, er kann aber –

um Überforderungen zu vermeiden – den sozialen Integrationsprozess nicht alleine gestalten. So ist die vollständige Einbeziehung der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen in den Arbeitsmarkt eine Grundbedingung, auf die der Sport keinen Einfluss hat.

### **Vielfalt ist Reichtum**

Der Reichtum eines Sozialgefüges spiegelt sich in seiner Vielfalt wider. Dies gilt auch für den organisierten Sport und seine Organisationen. Er stellt wie kein anderer gesellschaftlicher Bereich für seine Mitglieder sowohl Chancen für die ausdifferenzierte individuelle Entwicklung als auch vielfältige Möglichkeiten für soziales Lernen und eine Bühne für interkulturelle Begegnung zur Verfügung.

Der LandesSportBund NRW und seine Mitgliedsverbände werden deshalb auf der Grundlage dieses Programmpapiers in gemeinsamer Arbeit ein Handlungskonzept entwickeln, das konkrete Schritte für die Umsetzung der hier beschriebenen Positionen enthält.



*Talente nutzen: Sport fördert Integration*



# N Noch viel zu tun

Die LAGA NRW hat in ihrem zehnjährigem Bestehen viel erreicht. Es bleibt aber auch noch eine Menge zu tun. Denn wir können uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Im Gegenteil, es gibt Anlass zur Befürchtung, dass bei der teilweise hektischen Debatte um die Integration der Migrantinnen und Migranten auf überholte Vorstellungen zurückgegriffen wird. Integrationspolitik braucht aber keine Parolen, sondern zukunftsweisende Konzepte.

Also kein plattes „Lerne Deutsch!“, sondern gut ausgearbeitete Schul-Curricula, die die natürliche Mehrsprachigkeit der Schüler mit Migrationshintergrund einbezieht. Ebenso überflüssig ist die ständige Mahnung, dass Migranten die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu akzeptieren hätten. Selbstverständlich akzeptieren Migranten diese nicht nur – sie nutzen sie, um ihre Interessen zu artikulieren; sie setzen sich ein für bessere Lebensbedingungen, mehr Bildung und Ausbildung. Aber Migranten geraten dabei immer wieder an ihre Grenzen, denn sie können nicht überall gleichberechtigt mitreden. Das erschwert die Integration.

Deswegen startet die LAGA NRW eine erneute Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle rechtmäßig in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten.

Für die LAGA NRW ist das eine notwendige Bedingung zur gleichberechtigten Teilhabe aller an der Entwicklung unserer Gesellschaft. Wer Pflichten hat, muss auch Rechte haben! Die politischen Entscheidungen in den Kommunen bestimmen das Leben der Migranten sehr direkt.

Die LAGA NRW will mit der Kampagne die Bundesregierung unter

Kanzlerin Angela Merkel an die im Koalitionsvertrag von Union und SPD stehende Überprüfung des kommunalen Wahlrechts erinnern. Die Große Koalition hat die Chance auch an dieser Stelle Großes zu bewirken. Die Migrantinnen und Migranten in Deutschland setzen darauf, dass die Chance wahrgenommen wird.

Für die LAGA NRW bleibt es Verpflichtung, an der Gestaltung dieser Chancen mitzuarbeiten. Es gibt noch viel zu tun in den kommenden zehn Jahren.

# Anhang

## Der Vorstand der LAGA NRW

### **Vorsitzender**

Tayfun Kelttek, Integrationsrat Köln

### **Stellvertretende Vorsitzende**

Kyriaki Argyriadou, Migrationsrat Bielefeld

Muhammet Balaban, Integrationsbeirat Essen

Filippo Giletti, Ausländerbeirat Wetter

### **Kassierer**

Enver Sen, Integrationsrat Mülheim/Ruhr

### **Schriftführer**

Engin Sakal, Migrationsbeirat Paderborn

### **BeisitzerInnen**

Müjdat Akdeniz, Ausländerbeirat Stolberg

Ali-Riza Akyol, Integrationsrat Gelsenkirchen

Ercan Atay, Integrationsrat Iserlohn

Gül Ditsch, Integrationsrat Siegen

Safi Özbay, Migrationsrat Aachen

Halide Özkurt, Ausländerbeirat Krefeld

Ercan Öztaskin, Integrationsrat Hagen

Bernd Passmann, Zuwanderer- und Integrationsrat Solingen

Irwin-Conrad Subryan, Rat für Integration, Gütersloh

Ioannis Vatalis, Ausländerbeirat Düsseldorf

Gülistan Yüksel, Integrationsrat Mönchengladbach

## **Kontrollkommission**

Ümmühan Akbulut, Ausländerbeirat Wetter

Christian von Bismarck, Ausländerbeirat Wesseling

Gürsel Dogan, Duisburg

Claus-A. Kürschner, Integrationsrat Hagen

Erkan Zorlu, Ausländerbeirat Troisdorf



# Erfolgreiche Integration ist kein Zufall.



## Strategien kommunaler Integrationspolitik

Die gleichnamige Publikation mit Handlungsempfehlungen, Strategien und Best-Practice-Beispielen ist zu bestellen bei:

Claudia Walther

Telefon 05241 81-81360

Fax 05241 81-681360

E-Mail [claudia.walther@bertelsmann.de](mailto:claudia.walther@bertelsmann.de)

[www.erfolgreiche-integration.de](http://www.erfolgreiche-integration.de)

# Unser soziales Engagement. Gut für die Menschen. Gut für Deutschland.



Sparkassen übernehmen Verantwortung. Seit ihrer Gründung vor 200 Jahren ist dies ein fester Bestandteil ihrer Unternehmensphilosophie. Dadurch eröffnen sie vielen Menschen die Chance auf Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Mehr als 350 Millionen Euro wenden die Institute und ihre Stiftungen jährlich für ihr gemeinnütziges Engagement auf, davon fast 90 Millionen Euro für soziale Aufgaben. Darüber hinaus unterstützen Sparkassen auch Bürgerinnen und Bürger, die anderen helfen. Zum Beispiel als Partner der Initiative „für mich, für uns, für alle“, die ehrenamtliches Engagement überall in Deutschland stärkt. [www.gut-fuer-deutschland.de](http://www.gut-fuer-deutschland.de)